


Von Gestörten und Angepassten

Démocrate  Suisse
Pages 13–15

Referendum gegen die EU-Milliarde: Sofort unterzeichnen (Seite 16)

Eine kritische Betrachtung zum Bundesrat



Rudolf Keller,
Landrat/
e. Nationalrat,
Frenkendorf

Zugegeben, es ist nicht eben leicht, Bundesratsmitglied zu sein. Aber diejenigen, welche dieses knochenharte Amt anstreben, wissen, was auf sie wartet.

Man ist in diesem Amt sehr exponiert. Und damit fordert man manchmal auch seine Gegner heraus. Offensichtlich werden wir in letzter Zeit vor allem von gestörten Leuten regiert. Der eine wird am 1. August auf dem Rütli gestört, der andere wird an einer 1.-Mai-Feier in Zürich gestört. Und nochmals ein anderer fühlt sich in seiner Arbeit «gestört» und erklärt

seinen Rücktritt.

POSTCODE 1

AZB 3001 Bern

Ob gestört oder verstört. Viel Gutes ist in den letzten Jahren aus Bundesbern nicht zu unserem Volke gedrungen. Dabei hätten wir doch Politikerinnen und Politiker nötig, welche zu ihrer Meinung stehen und gradlinig politisieren. Aber in diesem Berner Kuchen wird ein Sozialdemokrat, ein Freisinniger und ein CVPLer abgeschliffen so weit dies nur möglich ist. Ecken und Kanten sind da nicht

gefragt. Offensichtlich können nur Anpasser in diesem gefährlichen Teich überleben. Deshalb geht es dem «halben SVP-Bundesrat» so gut. Und das ist wohl eines der eigentlichen Probleme unseres Landes. Vor lauter Angepasstheit vergessen sie oft ihre eigenen politischen Überzeugungen für die sie eigentlich in den Bundesrat oder ins Parlament gewählt wurden.

Abwesende Frau Zick-Zack aus dem Aargau

Besonders angepasst sind jeweils die CVP-Leute – nicht nur im Bundesrat. Aber vor allem dort. Jetzt soll ihre Parteipräsidentin Bundesratsmitglied werden. Bundesrätin oder Bundesrat kann aber nur werden, wer genügend anbietend und wendig ist. «Die Aargauer Königin» ist das. Sie ist einerseits Präsidentin des eher linken «Stiftungsforums Fastenopfer». Das ist eine Art alternative Entwicklungshilfe-Organisation. Und andererseits vertritt sie bei der «Elektrizitäts-Gesellschaft Laufenburg AG» stramm rechtsbürgerliche Wirtschaftsinteressen und findet Atomkraftwerke natürlich gut. Weiter ist von ihr bekannt, dass sie oft fehlt bei Abstimmungen im Parlament. Einige kritische Berichtersteller haben herausgefunden, dass dies vor allem in heiklen politischen Fragen der Fall ist. Damit kann man sie politisch nicht so gut dingfest machen. Frei nach dem Motto «allen Leuten Recht getan ist eine Kunst die ich kann»: Alle auf Bundesebene politisch Tätigen müssen öffentlich machen, welche Interessenbindungen (Verwaltungsmandate, Stiftungsmandate, Verbandsmandate usw.) sie haben. Und selbstverständlich wird von allen erwartet, dass sie dieses Register immer schön nachtragen. Nicht so bei «der Königin aus dem Aargau». Offenbar hatte sie «vergessen», dass sie im Januar 2006 Verwal-



Wir Schweizer Demokraten wünschen unserer Fussballnationalmannschaft an der Weltmeisterschaft viel Erfolg und schöne Tore. Möge der Patriotismus in der Schweiz auch auf andere Lebensbereiche als Fussball übertragen werden.

tungsrätin bei der «Vivit AG» (eine Tochtergesellschaft der CSS Krankenkasse) geworden ist. Erst als ihr Ende April der Job einer Bundesrätin «angeboten» wurde, bequemte sie sich, dieses Verwaltungsmandat in ihrem Register einzutragen. Heja, man soll von ihr nicht sagen können, dass sie einen Fleck in ihrem Heft habe...

Swisscom ja und nein – oder eventuell

«Die Königin vom Aargau» hat – so dachte man – eine klare Haltung

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 Difficile est satiram non scribere
- 3 Einwanderungspolitik Japans
- 4 Leben und Umwelt
- 6 Der wahre 1. Mai
- 7 Gewalttätige Krawalle
- 8 Der EU nichts schuldig
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Junge Stimme

Von Gestörten ...

Fortsetzung von Seite 1

zur Privatisierung der Swisscom. Sie lehnte noch vor einigen Wochen jegliche Privatisierung ab. Damit politisierte die Gute fast schon links der berühmten Mitte, in der sie sich stets tummelt. So weit so gut. Jetzt sieht plötzlich alles anders aus. **Denn inzwischen ist die Parteipräsidentin zur Bundesratskandidatin aufgestiegen. Da muss man doch nach guter CVP-Manier flexibel sein.** Man müsse die Sache mit der Swisscom «differenziert» sehen. Vielleicht wäre eine Teilprivatisierung gut. Gerade noch so, dass – mit wem auch immer – eine knappe Mehrheit der Aktien in Schweizer Hand bleibe. Und prompt signalisierten einige SVP- und FDP-Leute, dass diese Frau «wählbar» sei. Somit ist sie schliesslich in diesem Thema fast eine Bürgerliche geworden. Das bringt

Stimmen bei der Bundesratswahl! **Damit sie aber auch für die Linken wählbar ist, tritt sie für die Liberalisierung von Cannabis ein – die Drögeler werden es ihr danken.** Und – es ist ja jedem seine Sache, wie er oder sie heiratet oder auch nicht. Sie – als Parteipräsidentin einer sogenannten katholischen Volkspartei – hat nicht kirchlich geheiratet. Als dann klar wurde, dass sie Bundesratskandidatin sei, besuchte sie – fast schon typisch – noch flugs ein Kloster, um in sich zu gehen. Damit dürften ihr auch die strengen Katholiken verziehen haben. Es sei denn, sie wissen noch, dass «die Aargauer Königin» für die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruches stimmte.

Eine solche Politikerin wird «Landesmutter»

Nun, im Moment wo ich diesen Artikel schreibe ist die «gradlinige»

Politikerin noch und «nur» Parteipräsidentin einer Bundesratspartei. Aber ich vermute, dass dann wenn Sie, liebe Leserin und lieber Leser, unsere Zeitung in der Hand haben, diese «Königin aus dem Aargau» Bundesrätin ist. **Vielleicht schreiben dann einige von ihr, dass sie eine «Landesmutter» sei. Und schön ist sie auch noch – wobei mindestens das Geschmackssache ist. Aber ist das alles überhaupt wichtig? Der SVP-Parteipräsident hat ja bereits angedeutet, dass die Grünen in den Bundesrat aufsteigen könnten,** wenn sie bei den Nationalratswahlen genügend Stimmen machten. Bravo, gut gebrüllt, Herr SVP-Parteipräsident – aber dann muss er diese SVP-Unterstützung der Grünen noch zuerst seinen rechtsbürgerlichen Wählerinnen und Wählern erklären! Und vielleicht bekommt dann «die Landesmutter aus dem Aargau» – immer gemäss

SVP-Parteipräsident – gar ein CVP-Parteipräsident im Bundesrat, wenn die FDP die Wahlen verliert und einen Sitz abgeben muss! Also noch so einen Klon von Deiss und Co. **Joseph Deiss, das ist nämlich der Bundesrat, der endlich zurücktritt!** Vor noch nicht allzulanger Zeit hat er mit einem «Wyberhaken» seine CVP-Bundesratskollegin – allerdings ausserhalb des Sägmehlrings – platt geschlagen und davongejagt. Nun streicht er seinerseits die Segel um der **Doris Leuthard Platz zu machen. Ist das nicht diejenige, welche unter dem Slogan «Duschen mit Doris» Duschgels verteilte und so – ohne eine politische Aussage zu machen – in den Nationalrat gewählt wurde?** Spannend ist sie, die Schweizer Politik... Und schlimmer als es schon ist, kann es nicht mehr werden... **Im Volksmund heisst es jeweils, es komme nichts Besseres nach!**

Difficile est satiram non scribere!

Der Monatskommentar von e. Nationalrat Valentin J. Oehen, Köniz

Da ist es schwer, keine Satire zu schreiben, sagte der Lateiner. Und ich sage dies angesichts der aktuellen, politischen Vorkommnisse und Entwicklungen. An was ich dabei denke!?

Innenpolitisch

– An die **offensichtliche Bereitschaft des Bundesrates oder zumindest der Aussenministerin, den Forderungen der EU nachzukommen** und unsere schulden schwere Staatsschatulle mit einem weiteren Milliardenbetrag zu Gunsten der EU zu belasten. Gerade so, als ob wir mit der Übernahme aller Kosten für den Ausbau der Alpentransversalen im Interesse der EU nicht schon reichlich Vorleistungen für die Zusammenarbeit mit den EU-Staaten erbracht hätten und noch erbringen. Ausserdem hätte M. Calmy-Rey dem neuen deutschen Botschafter Andres von Stechow gehörig die Leviten lesen müssen für seine Frechheit, der Schweiz zu drohen für den Fall, dass das Volk die Kohäsionsmilliarde ablehnen werde. Angemessen wäre es gewesen, den Herrn von Stechow gleich wieder nach Berlin zurückzuschicken und einen Botschafter ohne «von» zu verlangen in der Hoffnung, selbiger wisse besser Bescheid über das Funktionieren der Demokratie.

– An die **Willfährigkeit des SECO gegenüber der (US-dominierten) UNO** im Falle des Tessiner Bankier Youssef Nada, der auf Begehren der Amerikaner mit Reiseverbot und

der Blockade seiner Konten belastet bleibt, obwohl dieser nach jahrelangen Untersuchungen vom Verdacht der Verbindung mit terroristischen Organisationen entlastet wurde. Aber eben, wenn der aktuelle US-Präsident G.W. Bush in Cowboy Manier jemanden angeschossen hat, bleibt für rechtsstaatliche Spielregeln kein Platz mehr.

– An die **Hilflosigkeit von Parlament und Justiz angesichts des Raubzuges gewisser Manager und Verwaltungsräte** auf das Geld der Aktionäre, Mitarbeiter und Kunden. Was auf diesem Gebiete passiert, treibt jedem anständigen Mitbürger die Schamröte ins Gesicht. Bezüge in Millionenhöhe haben nichts – aber auch gar nichts – mit verdienen zu tun. Sehr viel aber mit übelster Abzockerei. – Als Bankkunde denke ich an die miesen Verzinsungen von Spargeldern und die wild wuchernden Gebühren für jede kleinste Dienstleistung. – Als Patient schlagen mir die exorbitanten Preise für gewisse Medikamente schwer auf den Magen! – Als kleiner Aktionär blühender Unternehmen kann ich als Mitbesitzer nur träumen von «Erträgen» wie sie die Chefs kassieren.

Aussenpolitisch

– **Schweigend schaut die offizielle Schweiz zu,** wie die US-Amerikaner den Krieg gegen den Iran propagandistisch vorbereiten. Dabei verschweigen diese keineswegs, dass sie den Einsatz von Atombom-

ben planen. Mehr noch – schon vor einem halben Jahr hat Bush seinen Militärs die Erlaubnis zum Einsatz von nuklearen «bunker busters» in einem Präemptivschlag gegen den Iran erteilt. Damit macht die amerikanische Führung genau das, was in den Nürnberger Prozessen mit einem Todesurteil geahndet



Wie hier im Irak führen die USA weltweit Kriege zur Durchsetzung der Interessen der US-Wirtschaft. Auch die Schweizer Armee leistet dabei neuerdings Söldnerdienste im Ausland. Schweizer Soldaten haben dem Schutz der Heimat zu dienen und nicht fremden Wirtschaftsinteressen.

wurde, nämlich die **Vorbereitung eines Angriffskrieges.** – Im vorliegenden Falle ist es besonders dramatisch, da sich der Iran offensichtlich völkerrechtlich im Recht befindet. Die aus der Wut geborene Rhetorik des iranischen Präsidenten (der zudem erst seit kurzem im Amte ist!) gegen Israel und die USA muss nun herhalten um den geplanten, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Amerikaner zu begründen.

Im Vergleich: der amerikanische Präsident hat seit Jahren keinerlei Hemmungen gegen jedes Land zu

drohen und diese Drohungen auch wahrzumachen, das sich den amerikanischen Wünschen widersetzt. Dank dem «Recht des Stärkeren» hat er keine Sanktionen zu befürchten. Man beachte, dass der Iran als Mitglied des Atomsperrvertrages das Recht hat, Uran zu friedlichen Zwecken (der Energie-Gewinnung) anzureichern. Gegen diesen Vertrag liegen keine Verstösse vor. Sollte der Iran für die fernere Zukunft die Entwicklung einer Atombombe anstreben, befände es sich in bester Gesellschaft mit seinen Nachbarn Israel, Indien, Pakistan, Russland etc. Angesichts der Bedrohungen durch Israel und die USA wäre dieser Wunsch zumindest verständlich und könnte keinen Angriffskrieg durch die USA und Israel jemals rechtfertigen.

– **Im Jahre 1986 (Tschernobyl)** litt insbesondere der Süden der Schweiz massiv unter der radioaktiven Verseuchung. Nun ist bekannt, dass in Russland noch immer 11 Reaktoren desselben störungsanfälligen Typs in Betrieb sind. 1993 ereignete sich ein weiterer grosser Unfall bei Tomsk und vom Mai 2005 wird der letzte folgenschwere Unfall bei St. Petersburg datiert. 16 russische Reaktoren sind 30 und mehr Jahre alt und sind damit eine echte Gefährdung von ganz Europa. – **Und was macht die offizielle Schweiz? Nichts – rein gar nichts!!** – Auf diesem Gebiete wären – Frau Calmy-Rey – diplomatische Schritte von grösster Wichtigkeit. Sollte

Fortsetzung Seite 3

Einwanderungspolitik Japans

Ein Vergleich mit der Schweiz



Hans Steffen,
e. Nationalrat,
Fischenthal

Kürzlich berichtete die Tagespresse über die Einwanderungspolitik Japans. Im Vorspann stand Folgendes: «Japan erfindet sich neu. Die Wirtschaft gesundet, eine neue Generation übernimmt Geschäfte und Politik. Fremde bleiben jedoch draussen.» Es stellt sich die Frage, ob diese restriktive Einwanderungspolitik Auswirkungen auf das wirtschaftliche Geschehen Japans hat.

Japan – kein Land für Asylanten

Der Artikel beklagt, dass Japan mit seinen 127 Millionen Einwohnern in der Fremden- und Einwanderungspolitik auf der Stelle verharre. Während die USA im Jahr 2004 21 000 Flüchtlinge aufgenommen hat und Frankreich deren 16 000, habe das reiche Japan nur gerade 30 Flüchtlingen Aufnahme gewährt. Es wird jedoch festgestellt, dass sich Japan stark in den Flüchtlingsprogrammen der UNO engagiere. Als Beispiel wird Japans Beitrag an das UNO-Hilfswerk für die Flüchtlinge in Palästina erwähnt, wo die Beträge um 166 Prozent erhöht wurden. Auch nennt der Artikel das Hilfsversprechen zugunsten der Tsunami-Opfer in der Höhe von 500 Millionen US-Dollar. Mit einem Seitenhieb wird allerdings vermerkt, diese Gelder wirkten eher wie ein Freikauf von anderen Verpflichtungen, wobei mit den Verpflichtungen wohl die

Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen gemeint sein dürfte.

Japan unter internationalem Druck

Es ist also offensichtlich, dass sowohl die UNO als auch nichtstaatliche Flüchtlings-Hilfsorganisationen von Japan imperativ fordern, mit seiner Einwanderungspolitik zum Westen aufzuschliessen; mit anderen Worten, die grosszügige Einwanderungs- und Asylpolitik Europas zu übernehmen. Dabei wird über Japan die uns bekannte Keule der Fremdenfeindlichkeit geschwungen, ein probates Mittel, um Regierungen zu Massnahmen zu nötigen.

Die Schweiz im Vergleich

Mit den 7,5 Millionen Einwohnern und einem Ausländeranteil von 1,5 Millionen Personen (=20%) hat die Schweiz 2005 10 000 neue Asylgesuche entgegengenommen und sie verzeichnete im gleichen Zeitraum eine Zuwanderung von weiteren 10 000 Ausländern.

Japan beherbergt 127 Millionen Einwohner und verfügt über einen Ausländeranteil von 1,2 Millionen Personen (=1%). Interessant ist die Gliederung dieser Ausländer nach Herkunftsländern:

49% Südkoreaner
15% Chinesen
12% Brasilianer
6% Philippiner
3% US-Amerikaner
15% Diverse

2005 nahm Japan – offenbar dem internationalen Druck nachgebend – 300 Flüchtlinge auf.

Die Vergleichszahlen sprechen für sich und bedürfen eigentlich kei-

ven US-Politik geworden ist. Es wäre höchste Zeit, unsere Bindungen von der PpF zu lösen, da wir uns sonst zum unfreiwilligen Werkzeug einer imperialistischen Politik machen lassen. Damit aber geht der beste Schutz des Kleinstaates, das absolute Festhalten am Völkerrecht und an der integralen Neutralität verloren. **Dieser Verlust ist für unsere politische Zukunft existenzbedrohend. Das diesbezügliche Nichtstun unseres für die Aussenpolitik zuständigen Bundesrates ist schlicht eine Katastrophe!**



nes Kommentars. Allerdings drängen sich Gedanken über wirtschaftliche Folgen einer restriktiven und einer grosszügigen Einwanderungspolitik auf.

Japan – die reichste Industrienation Asiens

Sicher muss man hier die Frage stellen: «Weshalb ist Japan die reichste Industrienation Asiens geworden?» Ohne Zweifel hat die Begrenzung der Einwanderung Japan vor Problemen bewahrt, wie sie sich leider bei multikulturellen Gesellschaften Europas und der Schweiz abzeichnen. So konnte sich Japan eine gewisse «Unité de doctrine», eine «Einheit der Grundsätze» erhalten, die sich in der Sprache, den Lebensregeln, der Kultur, der Religion und vermutlich auch im Wirtschaftsgeschehen manifestiert.

Einwanderung hat Folgen

• Während Japan das Japanisch als Umgangssprache pflegt und das Englische als Verkehrssprache lernt und anwendet, leiden wir hierzulande in der Schule und oft auch am Arbeitsplatz unter einer Sprachenvielfalt, welche die Kommunikation erschwert. Das Problem beginnt schon in den Schulen, wo zum Teil Klassen bestehen, in denen Schweizerkinder eine Minderheit stellen. Nach dem Bekanntwerden der Resultate der ersten PISA-Studie über die Lese- und Lernschwächen vernahm man hinter vorgehaltener Hand, dass hier eine Folge der massiven Einwanderung zu Tage trete.

• Während in Japan die Lebensregeln auf einer jahrhundertealten Kultur und Religion basieren, wurde hierzulande die eidgenössische Gesinnung immer mehr zerstört. Hierzu sei ein praktisches Beispiel erwähnt: Während vielen Jahrzehnten trugen die Arbeiter einer Fabrik im Zürcher Oberland zum Erfolg der firmaeigenen Krankenkasse bei, indem sie diese möglichst nur in dringenden Fällen beanspruchten. Wenige Jahre nach der ersten Einwandererwelle musste sie liquidiert werden, weil

die Ausländer die Krankenkasse vom Standpunkt aus nutzten: «Wenn ich schon so viel einzahlen muss, will ich möglichst viel auch beziehen.» Es drängt sich der Gedanke auf, ob die Explosion der Kosten im Gesundheitswesen nicht auch eine Folge der verfehlten Einwanderungspolitik ist.

• Während in Japan die Kultur auf den Inhalten der beiden wichtigsten Konfessionen, des Schintoismus und des Buddhismus beruht, wobei interessanterweise Japaner durchaus beide Religionen miteinander pflegen und daraus ihre Lebensregeln beziehen, steht in der Schweiz das Christentum unter Druck. Immer mehr Menschen verlassen die beiden Landeskirchen oder werden zu Passivmitgliedern. Der Kirchenbesuch ist kläglich und das Verhalten vieler Menschen in Politik und Gesellschaft verstösst gegen die biblischen Regeln des Christentums. Nachdem sich die Muslime mit 400 000 Anhängern Mohammeds zur drittstärksten Konfession entwickelten konnten, ist unser Volk plötzlich mit völlig anderen Verhaltensweisen konfrontiert. Der christlichen «Nächstenliebe» steht plötzlich das im Alten Testament und im Koran postulierte «Auge um Auge, Zahn um Zahn», also die Praxis der Rache entgegen. Sicher hat die an Schulen grassierende Gewalt, aber auch die steigende Kriminalität ihre Wurzeln teilweise in diesen fremden Verhaltensmustern.

«Japanische Verhältnisse» in Finnland

Wenn der Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), der St. Galler Regierungsrat Hans Ulrich Stöckling, im Zusammenhang mit der Pisa-Studie klagt, dass die Schweiz bildungsmässig hinter Finnland stehe, also ihre einst führende Rolle im Bildungswesen verloren habe, lohnt sich ein Blick auf dieses skandinavische Land. Finnland hat eine Wohnbevölkerung von 5,2 Millionen Personen, davon sind 2 Prozent Ausländer, davon ein grosser Anteil aus anderen skandinavischen Ländern. Asylbewerber gibt es eine verschwindend kleine Zahl. 82 Prozent gehören der christlich-lutheranischen Kirche an. Wie in Japan stimmt hier die Einheit der Sprache, der Lebensregeln, der Kultur und der Religion.

Der Vergleich der Schweiz mit Japan und mit Finnland dürfte aufzeigen, dass sich die verfehlte Einwanderungspolitik der Bundesratsparteien unter anderem negativ auf die Gesellschaft, die Bildung und die Wirtschaft auswirkt.

Difficile est ...

Fortsetzung von Seite 2

wieder ein Super-GAU eintreten, wäre dies eine Menschheitskatastrophe und unser Land käme sicher nicht ungeschoren davon.

– **Über die «Partnership for peace»** (PpF) haben wir uns in die Politik der NATO dank Ogis unseligen Angedenkens einbinden lassen. Unterdessen wird immer klarer, dass die NATO von einem Verteidigungsbündnis zu einem Instrument der imperialistisch aggressi-



Ausverkauf der Heimat

Unterstützung von der Jungen SVP

Seit 1961 ist der Grundstückerwerb in der Schweiz bewilligungspflichtig für Ausländer, die nicht wohnhaft sind in der Schweiz. Angefangen hat dies mit einem befristeten Bundesbeschluss der «Lex von Moos», der Personen im Ausland den Kauf von Grundeigentum in unserem Land verweigert hat. In den ersten Jahren wurden diese Bestimmungen angepasst und mehrfach verschärft. (...)

Nachdem es in den letzten 20 Jahren vermehrt Lockerungen dieses Gesetzes gegeben hat, ist die Situation nun so, dass die zulässige Wohnfläche von 100 m² auf 200 m² für Ferienwohnungen verdoppelt wurde. Ausländer, die Immobilien kaufen wollen für gewerbliche Zwecke, so genannte Betriebsstätten im Dienstleistungssektor dürfen dies auch. Nach wie vor bewilligungspflichtig ist der Erwerb von Wohnbauten und Grundstücken, die der Erstellung von Wohnbauten dienen. Natürlich gibt es immer wieder Bewilligungen für diese Erwerbe. So zum Beispiel für Ferienwohnungen oder für den sozialen Wohnbau.

Die Problematik liegt ganz klar in den Tourismusgebieten, wo sich viele reiche Ausländer eine Zweitwohnung oder Villa gekauft haben. Oft sind diese nur während der kurzen Skisaison dort anzutreffen und das ganze Jahr über sind sie weg. Sie bezahlen keine Steuern und bringen keine Umsätze. Gleichzeitig steigen durch die Bo-

denverknappung die Preise. Diese sind für Normalsterbliche kaum mehr bezahlbar. Zusätzlich bleiben die ganzen Infrastrukturkosten an der Gemeinde hängen, die ein Dorf voller leerer Zweitwohnungen hat und keine Einwohner. Wir müssen auch bedenken, dass der nutzbare Boden in der Schweiz sehr begrenzt ist. Unsere Kinder werden es uns nicht danken, wenn wir jede Grünfläche zubetonieren lassen.

Da ausländische Investoren nach dem geltenden Recht Grundstücke für Hotels oder andere Dienstleistungsbetriebe kaufen dürfen, entstehen für die Wirtschaft kaum Nachteile.

Viel mehr ergäbe sich für die Bevölkerung ein Nachteil, wenn «Lex Koller» abgeschafft würde: steigende Bodenpreise, Spekulationen, Verbauung der Grünflächen. All dies würde eine starke Beeinträchtigung der Lebensqualität nach sich ziehen.

Aus diesem Grund müssen wir uns gut überlegen, ob die Abschaffung der «Lex Koller» ein Segen oder ein Fluch für unser Land ist.

Jaqueline Kappeler, Luzern, aus: Die Idee, Zeitschrift der JSVP

Kommentar: Nur schade, dass Frau Kappeler wahrscheinlich noch zu jung ist, um zu wissen, dass die schärfsten Bestimmungen von einem Gegenvorschlag zu einer knapp verworfenen NA-Volksinitiative kommen (48,9% Ja-Stimmen!)

Bedeutung des Bevölkerungswachstums

Aus meiner Sicht für mich sehe ich in Ihren Publikationen Hinweise auf die Zusammenhänge zwischen dem ungebremsten Bevölkerungswachstum in der Schweiz und dem Umweltschutzgedanken, die speziell von der Organisation ECOPOP beobachtet und dargelegt werden. Es liegt auf der Hand, dass ein un-

mittelbarer Zusammenhang besteht zwischen dem Bevölkerungswachstum in der Schweiz und der zunehmenden Belastung von Natur und Landschaft durch die steigende Bevölkerungszahl.

(Aus einem Leserbrief von Dr. iur. Bernhard Gelzer, Basel, in: Natur und Mensch)

Vogelgrippe und Globalisierung

Die Schweiz importiert massenhaft Pouletfleisch aus China und Brasilien. Auf Kosten von Mensch, Tier und Natur wird dort billiger produziert. Im Tierreich sorgen Reviere für Frieden und Ordnung. Vom Gigantismus und Materialismus befallene Politiker und naive linke Ideologen fordern den Abbau der Grenzen, die totale **Globalisierung** über alle kulturellen und

wirtschaftlichen Eigenheiten hinweg. Die selbstmörderischen Spielregeln des schrankenlosen Welthandels führen dazu, dass längerfristig die Rücksichtslosesten die Welt beherrschen werden: Diejenigen, welche Mensch, Tier und Natur am schonungslosesten ausbeuten. Vielleicht schlägt jetzt die Natur bald mit einer Vogelgrippe-Pandemie zurück.

Geschichte eines befreiten Huhnes



Frisch aus der Tierfabrik.



Eine Woche später.

3 Wochen später.
(Aus: Vgt-Nachrichten)

Wichtige Hochstammkulturen

Schweizer Mostobst wird knapp

Nach einer Prognose des schweizerischen Obstverbandes wird es in der Schweiz in den nächsten zehn Jahren jedoch ein Manko an Mostäpfeln geben, wenn der Rückgang der Hochstamm-Obstbäume weiterhin anhält. Und dies ist leider zu erwarten. Noch prägen Obstgärten mit eindrucklichen, hohen Fruchtbäumen zwar in vielen Landesgegenden die Landschaft und verwöhnen zur Blütezeit im Frühling unser Auge mit ihrer Blütenpracht in weiss und rosa. Noch finden viele Tiere Unterschlupf und Nahrung in den mächtigen Kronen und zwischen den dicken Stämmen der Obstbäume. Zwischen 1951 und 2001 sind jedoch 80% der Hoch- und Halbhochstamm-Obstbäume in der Schweiz verschwunden. Und die



**HOCHSTAMM
SUISSE**

meisten noch verbliebenen Obstgärten weisen viel zu wenig Jungbäume auf, um den langfristigen Bestand zu sichern.

Most made in China?

Fehlendes Schweizer Mostobst könnte ohne weiteres und sogar sehr kostengünstig durch Importe kompensiert werden: Bereits heute könnten Obstsaftersteller Konzentrat aus China beziehen, das so billig ist, dass es trotz der hohen Zölle kaum teurer ist als Schweizer Konzentrat! Der Verlust für das Landschaftsbild und die Natur wäre hingegen gross, würde der traditionelle Feldobstbau verschwinden. Die Anrechenbarkeit der Fläche an den ökologischen Ausgleich und der Baumbeitrag von 15 Franken, den der Bund seit 1993 für jeden angemeldeten Hochstamm-Feldobstbaum bezahlt, retten wahrscheinlich einige Bäume vor dem Ausreissen, sie reichen aber offensichtlich nicht aus, um den Rückgang zu stoppen.

(Aus: Natur und Mensch)



Umweltverschmutzung führt zu Kinderarmut!

Plötzlich schreien sämtliche Medien nach mehr Kindern! Leider ist dieser Ruf undifferenziert und unterschlägt einige demografische Probleme der Schweiz!

Erstens dauert der Absturz der Geburtenziffer – mit einer kurzen Periode der Erholung – nun seit 1964! Warum wird das Thema erst heute erörtert, da es fast schon zu spät ist für eine Korrektur? Wollte man zuerst noch die Revision des Strafgesetzes mit der Erleichterung der Abtreibung durchbringen? Übrigens entsprach die Ziffer der Sechzigerjahre keinem «Boom», sondern war nur eine normale Geburtenrate eines Volkes, das nicht aussterben will. **Die Aufblähung bestimmter Jahrgänge und damit die Verzerrung des Altersaufbaus entstand erst dadurch, dass sich auf die Geburten noch eine Einwanderungswelle aufpropfte!**

Zweitens übersieht die Kampagne, dass rund ein Sechstel der Paare in der Schweiz unfreiwillig kinderlos bleiben, also eine unfruchtbare Verbindung bilden. **Mit hoher Wahrscheinlichkeit verursacht die Umweltverschmutzung zumindest einen Teil dieser Unfruchtbarkeit!** Dass die Verschmutzung des Biotops mit organischen Substanzen, die eine ähnliche Wirkung wie Geschlechtshormone entfalten, die männliche Fruchtbarkeit beeinträchtigen, indem sie die Menge der Samenflüssigkeit reduzieren und zu mehr missgestal-



teten Samenfäden führen, ist empirisch-wissenschaftlich gesichert. Es ist nicht einzusehen, weshalb nicht daneben noch andere, auch anorganische Substanzen, welche unsere Umwelt noch erheblich mehr verschmutzen, die Fruchtbarkeit, und zwar die männliche wie auch die weibliche, schädigen, indem sie eine unspezifische Giftwirkung entfalten! Zwar verursachen sie keine eigentlichen Krankheiten, aber sie verursachen eben

eine verminderte Fruchtbarkeit! Ungenügende Geburtenziffern ist eine Erscheinung, die sich weltweit auf die hoch industrialisierten Staaten konzentriert, deren Biotop auch am massivsten von Umweltverschmutzung betroffen ist! Dass Medizin und Umweltschutz sich zu wenig mit diesem Thema beschäftigen, hat vermutlich mit dem unseligen Rechts/Linksgegensatz zu tun. Mehr Kinder gilt als ein «rechtes» Anliegen, Umweltschutz

als «linkes».

Wir haben nicht zu wenig Erwachsene, sondern zu wenig Kinder! Einwanderung kann unser Problem also nicht lösen! Einwanderer sind erwachsen, sie verschlimmern noch die demografische Verzerrung des Altersaufbaus, und auch sie werden alt und beanspruchen die AHV und Pensionskassen! Der frühere Spruch, Ausländer würden uns die AHV bezahlen, war schlicht dumm. Erwachsene belasten auch die Umwelt stärker als Kinder. **Ausserdem hat die Bevölkerungsdichte der Schweiz bereits ein kritisches Ausmass erreicht. Wir können sie doch nicht durch noch mehr Einwanderung immer weiter erhöhen; sonst laden wir uns unlösbare Umweltprobleme auf!**

Und viertens: rund die Hälfte der Akademikerinnen bleiben kinderlos. Es ist also vor allem der intelligenter Teil unserer Bevölkerung, der ausstirbt. Können wir hoffen, diesen Verlust durch Einwanderung auszugleichen angesichts des Tatbestandes, dass Einwanderer meist Sprachprobleme haben und eher wenig gebildet sind, und das ist vorsichtig ausgedrückt? Schliesslich kommt es nicht nur auf Quantitäten, sondern auch auf Qualität einer Bevölkerung an!

Nur wenn wir die Probleme der Demografie differenzierter betrachten, können wir Besserungen erwarten. *J.-J. Hegg*

Vogelschutz und Artensterben

Der Schweizer Vogelschutz schlägt Alarm und beklagt in einer Pressemitteilung das andauernde Verschwinden von vielen Tier- und Pflanzenarten in der Schweiz sowie ihre schrumpfende Biodiversität. 70 Prozent der Amphibien seien auf der so genannten roten Liste und damit in ihrem Überleben akut bedroht, von den Säugtieren und Vögeln seien 40 Prozent gefährdet. Parallel nähme die Fläche der natürlichen Lebensräume ab. Seit dem 19. Jahrhundert seien 90 Prozent der Auen, Feuchtgebiete und Trockenwiesen in der

Schweiz verschwunden. Der Vogelschutz will einen Feldzug starten, um diesen Verfall zu stoppen.

Naiv ist allerdings die Ursachenanalyse! Der Vogelschutz macht vor allem den Bundesrat für die Entwicklung verantwortlich! Die eigentliche Ursache, die massive Zunahme der Bevölkerung durch die andauernde Zuwanderung, was die überbaute Fläche nicht nur für Wohnen und Arbeiten, auch für den Verkehr, für Schulen und Spitäler, Erholungseinrichtungen usw. erhöht, erwähnt er mit keinem Wort! Ziehen wir ohne Scheuklappen eine Bilanz, so sind in den letzten 60 Jahren gegen 3 Millionen Leute in die Schweiz eingewandert! Selbst die Naturschutzorganisationen der Schweiz machen keine ehrliche Analyse! Aus politischer Korrektheit?

Übervölkerung und Überschwemmungen in Europa

Europa wurde dieses Frühjahr von einer Welle von Überschwemmungen heimgesucht. Es ist offensichtlich, dass solche angeblichen «Naturkatastrophen» immer häufiger werden. Noch in frischer Erinnerung sind die Überschwemmungen in der Schweiz.

In fast sämtlichen Medien wird diese Zunahme in keiner Weise hinterfragt und wie fast selbstverständlich der Klimawandel durch das Wachstum der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre verantwortlich gemacht. Man soll den Einfluss des Klimawandels zwar nicht unterschätzen. Aber ist es die einzige Ursache dieser «Na-

turkatastrophen», die eigentlich Zivilisations- oder Kulturkatastrophen sind? Eine der wesentlichen Mitursachen sind die wachsende Überbauung und Urbarmachung der letzten Naturreservate sowie das Verschwinden von Auen und Feuchtgebieten, und die sind auf die wachsende Bevölkerungsdichte zurückzuführen, die auf die ständige Zuwanderung aus dem aussereuropäischen Raum zurückgeht.

Aber fast niemand hat den Mut, auch auf diese Problematik hinzuweisen!

*Jean-Jacques Hegg,
a. Nationalrat*

Der wahre 1. Mai

Jedes Jahr gehen tausende von Arbeitnehmern auf die Strasse und demonstrieren für bessere Arbeitsbedingungen, sozialer Arbeitsverträge oder mehr Lohn. Immer häufiger werden diese friedlichen Kundgebungen von sogenannten «Autonomen» (altgriechisch: autonomia = sich selbst Gesetz gebend) überschattet, welche nur Gewalt und Zerstörungswut in sich tragen anstelle des wahren Geistes des «Tag der Arbeit».

In der Geschichte der Arbeiterbewegung wurde der 1. Mai zum ersten Mal in den USA zum Feiertag erklärt. Im Jahre 1886 rief die nordamerikanische Arbeiterbewegung zur Durchsetzung des Achtstundentages zum landesweiten Generalstreik am 1. Mai auf. Es kam darauf zu Massenstreiks und Demonstrationen in den Industrieregionen. In Chicago endeten die Demonstrationen bei Auseinandersetzungen mit der Polizei für vier Arbeiter tödlich. Bei einer Protestkundgebung am 4. Mai eskalierte die Gewalt.

In die Reihen der Polizei wurde von einem Unbekannten eine Bombe geworfen, die acht Polizisten tötete und zahlreiche verletzte. Bei dem anschliessenden Aufruhr, der in die US-Geschichte als Haymarket Riot eingegangen ist, wurden mehr als 200 Arbeiter verletzt, die Zahl der Toten wurde niemals offiziell bestätigt. Acht Organisatoren der Kundgebung wurden festgenommen und der Verschwörung angeklagt. Vier von ihnen wurden am Strang hingerichtet, einer beging in seiner Zelle Selbstmord. Die noch lebenden drei wurden sechs Jahre später begnadigt. Auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationalen (Arbeiterbewegung) 1889 wurde zum Gedenken der Opfer des Haymarket Riot der 1. Mai als «Kampftag der Arbeiterbewegung» ausgerufen. Im Jahr darauf wurde er zum ersten Mal mit Massenstreiks und Massendemonstrationen begangen.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung in der Schweiz

Im November des Jahres 1918 rief das Oltener Aktionskomitee, die le-

gitime Vertretung der schweizerischen Arbeiterorganisationen, bestehend aus Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten, zum Landesstreik auf. Auslöser dafür war, dass eine Volksinitiative für die Einführung des Proporzwahlverfahrens bei Nationalratswahlen angenommen wurde, der amtierende Nationalrat somit seine Legitimation verloren hatte und deshalb sofort neu gewählt werden sollte. Neben Forderungen der Neuwahl des Nationalrates findet man für heutige Generationen Selbstverständlichkeiten wie das Frauenstimmrecht oder die AHV/IV. Gleichzeitig sollte die wöchentliche Arbeitszeit von damals 54(!) Stunden auf 48 beschränkt werden.

Nachdem der Bundesrat, bestehend aus fünf FDP-Männern und je einem CVP- und LPS-Mitglied, Truppen der Armee gegen die Demonstranten aufstellen liess, befürchtete das Oltener Aktionskomitee einen Bürgerkrieg und brach den Streik offiziell ab.

Dieser Rückzug führte zu heftigen Unstimmigkeiten in der Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokraten wollten von nun an versuchen, mit der bürgerlichen Regierung zusammenzuarbeiten und mitzugieren. Die Kommunisten spalteten daraufhin ab, um ihren bisherigen revolutionären Weg weiter zu beschreiten. Eine Einigung kam nie mehr zu Stande. Das Gegenteil war der Fall: Gegenseitige Hass Tiraden und Verratsvorwürfe füllten die Flugblätter beider Seiten während der nächsten Jahre. Die kommunistische Minderheit gründete die KPS (Kommunistische Partei Schweiz) und arbeitete fortan für die Kommintern (3. Kommunistische Internationale). Die Kommintern war eine von russischen Kommunisten gelenkte und finanzierte Organisation, welche die kommunistischen Revolutionen in den verschiedensten Ländern Europas vorantreiben wollte.

Marxisten und Anarchisten

In den Vorbereitungen zur internationalen kommunistischen Revolution in Russland spalteten sich schon früh die Anarchisten (griechisch: anarchia = Führerlosigkeit) von den Marxisten ab. Nach Marx' Idee war eine bürgerliche Revolution und die damit verbundene Industrialisierung ein notwendiges Übel als Vorbereitung für die endgültige kommunistische Revolution. Der Staat musste also noch einige Jahre bestehen blei-



Abgerutscht in die linksextreme Punker- oder Anarcho-Szene, bieten Hunde oft den letzten emotionalen Halt. Die amtliche Politik ignoriert das Problem. Man fühlt sich nicht zuständig. Was sich als «Toleranz» tarnt, ist in Wirklichkeit eine Vernachlässigung staatlicher Fürsorge- und Erziehungspflicht.

ben, bevor jeglicher materieller Wert in den Besitz der Gemeinschaft überging. Nach den Ansichten der Anarchisten musste das erste und dringlichste Ziel die Auslöschung des Staates sein. Sofort nach der gelungenen Revolution sollten also jegliche Gesetze aufgehoben und der einzelne Mensch sich selbst überlassen werden. Folglich kann sich jeder selbst seine eigenen Gesetze auferlegen und sein Leben danach richten.

Anarchisten heute

Wenn hier von Anarchisten und «Autonomen» gesprochen wird, liegt das daran, dass in der heutigen Medienwelt nur noch der Ausdruck «Autonome» für eigentliche Anarchisten benutzt wird. Das Zeichen der Anarchie (ein «A» in einem Kreis) ist auf jeder Jacke dieser Leute als Aufnäher oder als Anstecker zu finden.

Hinzu kommt, dass die Anarchisten von heute meist als antifaschistische Gruppen auftreten, was aber nichts weiter als eine gute Miene zum bösen Spiel ist. Unter einem antifaschistischen Vorwand und mit der Hilfe der linken Meinungsmacher lässt sich sogleich jede nationale Aktion verurteilen und bekämpfen. Grösstenteils setzen sich solche Gruppierungen jedoch aus ignoranten und ungebildeten Jugendlichen zusammen, welche nicht fähig sind, sich eine eigene Meinung zu bilden, geschweige denn formulieren zu können, für oder gegen was sie gerade demonstrieren. Grundsätzlich

wird der Masse gefolgt und gegen die «Bullen» gehetzt oder mit Farbbeuteln um sich geschmissen.

Auf der falschen Hochzeit tanzen

Die SP verfolgt gegen aussen schon lange nicht mehr die Umsetzung der Revolution nach russischem Vorbild. Sie ist aber immer noch das grösste Überbleibsel der Arbeiterbewegung in der Schweiz, was sie dazu legitimiert, am 1. Mai für die Arbeiterschaft auf die Strasse zu gehen und für bessere soziale Bedingungen zu protestieren. Wir müssen und können ohne Scham zugeben, dass wir doch einige unserer sozialen Errungenschaften dieser Partei verdanken können (ich erinnere an die AHV und die 42-Stunden-Woche).

Neben den Sozialdemokraten besteht aber durchaus auch für die Schweizer Demokraten, unter deren Leitsätze «sozial» gross geschrieben wird, ein Anrecht auf einen feierlichen Tag der Arbeit. Wir kämpfen bisher, und werden dies auch in Zukunft tun, energisch für den einzelnen Schweizer Arbeiter. Wer aber ganz bestimmt nicht in dieser Weise am Tag der Arbeit auftreten darf, sind die Anarchisten. Autonome Gruppen propagieren noch heute staatsfeindliche Parolen und wollen unser altbewährtes System der direkten Demokratie ausmerzen. Das Ganze hat nichts mehr mit der sozialen Besserstellung von Arbeitnehmern zu tun, sondern einzig und allein mit der utopischen Vorstellung einer im Chaos versinkenden Welt.

Gewalttätige Krawalle in Zürich und Basel!

Nach den gewalttätigen Krawallen am 1. Mai in Zürich kam es anlässlich des Fussballspiels FC Basel gegen FC Zürich auch in Basel zu gesundheitsgefährdenden Zusammenrottungen angeblicher «Fans». Man fragt sich, warum nun auch in der Schweiz der öffentliche Raum zunehmend zu einer Szene von Zusammenstößen gewaltbereiter Gruppen wird. Haben die verschiedenen Einwanderungswellen zu einer Änderung unseres Volkscharakters geführt, der früher in jeder Weise friedlich war?

Abzulehnen ist der hie und da in den Medien auftauchende Vergleich der Ereignisse vom 1. Mai 2006 auf der Bäckeranlage in Zürich mit den Vorkommnissen am 1. August 2005 auf dem Rütli. Er ist oberflächlich. Zwar waren beide Male unsere höchsten Staatsrepräsentanten beteiligt, auf dem Rütli Bundespräsident Samuel Schmid, am 1. Mai Moritz Leuenberger. Damit hat es sich aber. Genauer betrachtet gab es wichtige Unterschiede. Am 1. Mai wurde Bundesrat Leuenberger durch eine Hundertschaft von in illegaler Weise verummten Chaoten am Reden gehindert. Sie wendeten rohe physische Gewalt an, warfen Steine, Flaschen und Knallkörper, versuchten in einem handgreifliche Gerangel mit den Ordnungs-

kräften das Rednerpult zu stürmen, beschädigten es und bedrohten so Gesundheit und Leben des Redners, so dass die Polizei diesen schliesslich aus Sicherheitsgründen vom Podium weg eskortieren musste. Auf dem Rütli begnügten sich die Störer mit Zwischenrufen, Lärm und Gebärden ihrer Ablehnung von Ausführungen des Redners zu Gunsten von Ausländerbevorzugungen – und das ausgerechnet an einer nationalen Feier! – Ausdruck zu verleihen. Die Sicherheit des Redners wurde nie bedroht, und Bundesrat Schmid konnte seine Rede zu Ende führen.

Dennoch waren die Vorfälle auf dem Rütli wochenlang ein Thema in den Medien, und für die nächste Bundesfeier auf dem Rütli wurden alle möglichen Massnahmen getroffen, damit 1.-August-Redner inskünftig dort ihre Reden ungestört halten können. Der Skandal besteht allerdings darin, dass das Festkomitee für die nächste Bundesfeier auf dem Rütli als Redner präzis einen extremen Befürworter der bevölkerungsmässigen Überfremdung unserer Heimat eingeladen hat, und das im Vorfeld der Volksabstimmungen über die neuen Ausländer- und Asylgesetze! Es gab eine Zeit, da waren in Bundesfeierreden alle politischen Anspielungen verpönt! Lang ists her! Heute werden sogar aktuelle politische Bezüge angesprochen! Auf der andern Seite geben sich die Medien alle Mühe, die Ereignisse vom 1. Mai 2006 auf der Bäckeranlage tiefer zu hängen und möglichst bald den Mantel des Vergessens über sie auszubreiten. Dabei wiederholen sie sich fast jedes Jahr! Die Polizei spielte übrigens in Zürich und Basel eine eher zwispältige Rolle! Wann endlich werden die polizeilichen Dispositionen so getroffen, dass sich auch das Chaos des 1. Mai in Zürich nicht mehr wiederholen kann?

*Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat, Dübendorf*

Nach der Schande von Basel

Eröffnungsspiel zur Euro 2008 soll in Bern stattfinden!

Die Schweizer Demokraten (SD) sind schockiert und empört über die schweren Ausschreitungen in Basel, die anlässlich des letzten Fussball-Meisterschaftsspiels zwischen dem FC Basel und dem FC Zürich durch hirnlose Basler Hooligans verursacht wurden.

Insbesondere machen sich die SD hinsichtlich der Austragung der Fussball-Europameisterschaft in rund zwei Jahren in der Schweiz grosse Sorgen. Offensichtlich haben es die Verantwortlichen in Basel jahrelang verschlafen, gegen gewaltbereite Krawallbrüder griffige Massnahmen zu ergreifen. Scharfe Kritik üben die SD insbesondere gegenüber dem Stadionbetreiber Basel United, der rund um den Match völlig ungenügende Sicherheitsvorkehrungen eingeleitet hat.

Aufgrund des riesigen Gewaltpotenzials rund um die Muttenzer Kurve in Basel und dem kompletten Versagen der Sicherheitsverantwortlichen wollen die SD prüfen, ob sowohl das Eröffnungsspiel



Das Wunder von Bern; Fritz Walter 1954 als frischgebackener Weltmeister im Berner Wankdorfstadion.

zur Fussball-Europameisterschaft 2008 wie auch einer der Halbfinalspiele nicht in Basel, sondern in Bern stattfinden sollten.

SD-Nationalrat Bernhard Hess, Bern, wird deshalb in der kommenden Sommersession einen Vorstoss einreichen, der den Bundesrat auffordert, bei der UEFA vorstellig zu werden, damit die Bundesstadt Bern und nicht Basel den Zuschlag dieser beiden Fussballspiele erhält.

Anzeige

Das Testament Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Kurt Koller berät Sie gerne kostenlos:

Kurt Koller, Treuhandbüro
Meienbergstrasse 4
CH-9620 Lichtensteig
Telefon 071 988 50 88
Telefax 071 988 67 61



Der aktuelle Vorstoss

Kriminelles Antifa-Milieu

Seit einigen Jahren veranstaltet eine gewaltbereite links-autonome Organisation mit dem harmlosen Namen «Antifa» (Antifaschistische Aktion, Internet www.antifa.ch) in einigen Städten wie Bern, Zürich oder auch Thun regelmässig so genannte antifaschistische «Abendspaziergänge». Diese meist unbewilligten Kundgebungen sind keineswegs harmlos, sondern arten vielfach in regelrechte Saubannerzüge aus. Meistens entsteht hoher Sachschaden und es wurden auch schon Polizeibeamte und weitere unbeteiligte Personen an Leib und Leben bedroht oder gar tätlich angegriffen.

Deshalb bitte ich den Bundesrat höflich, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie schätzen die Behörden das gewaltbereite und kriminelle Milieu des Antifa-Umfeldes ein?
2. Sind der Bundespolizei die Rädelführer und Drahtzieher der Antifa-Bewegung bekannt?

3. Werden die gewaltbereiten Antifa-Aktivisten durch unsere Behörden beobachtet?
4. Welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat gegen das gewalttätige und teilweise kriminelle Umfeld der Antifa-Bewegung zu ergreifen?
5. Ist die Landesregierung bereit, auch gegen gewaltbereite linksextreme Bewegungen und Organisationen mit der ganzen Härte des Gesetzes vorzugehen?
6. Welche rechtlichen Erfordernisse müssten erfüllt werden, damit die Antifa-Organisation verboten werden könnte und welche praktischen und juristischen Folgen hätte ein solches Verbot?
7. In wie weit könnte der Bundesrat künftig Aussteigerprogramme aus der linksextremen Szene fördern?

Bernhard Hess

Die noch ausstehenden Antworten der Landesregierung publizieren wir in einer der nächsten SD-Nummern.

Der EU nichts schuldig



Kurt Koller,
SD-Vize-
präsident,
Lichtenstei/SG

Als Geschenk für die abgeschlossenen Bilateralen Verträge will die Schweiz einen «Goodwill-Beitrag» von einer Milliarde Franken an die EU für die Osterweiterung der zehn neuen ehemaligen Ostblockländer überweisen. Der Bundesrat und das Parlament haben dies so entschieden.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Es braucht deshalb eine Partei wie die Schweizer Demokraten, die sich dafür einsetzt, dass das Volk darüber abstimmen kann, ob sie dem Milliarden-Geschenk zustimmen will oder nicht. «Bildungsartikel» und ähnliche mehr oder weniger belanglose Vorlagen werden dem Stimmbürger freiwillig zur Abstimmung vorgelegt, nicht aber die heiklen EU-Abkommen wie kürzlich «Schengen/Dublin», «Personenfreizügigkeit»; und wie jetzt über den sogenannten Kohäsionsvertrag.

Referendum

Als erste Partei kündigte die Lega di Ticinese das Referendum an. Diesem schlossen sich auch die Schweizer Demokraten an; zuletzt mit SD-Delegiertenbeschluss vom 25. März 2006 in Olten. Zu hoffen ist, dass auch die in der EU-Frage stets gespaltene SVP das Referendum mehrheitlich unterstützt. Wie in der Abstimmung über die «Personenfreizügigkeit» werden wir Schweizer Demokraten die tragende Kraft in der Unterschriftensammlung und dann im Abstimmungskampf sein.

Weitere Forderungen seitens der EU

Bereits 2007 werden die beiden Länder Bulgarien und Rumänien zur EU stossen. Ohne Hemmungen stellt nun die EU in Brüssel weitere Forderungen im Zusammenhang mit dieser Erweiterung an die Schweiz. Man erwartet von unserem Land, dass wir weitere hunderte von Millionen Franken locker machen. Diese Begehren werden sich dann fortsetzen, wenn die Länder aus Ex-Jugoslawien (Kroatien, Serbien, Montenegro, Albanien) an der Reihe sind. Mit dem Beitritt der Türkei wird die

Spendefreudigkeit unserer Regierung den Höhepunkt erreichen. Die Schweiz verschleudert Geld an die EU, als ob wir keine finanziellen Probleme im eigenen Land hätten. Bekanntlich weist unsere Staatskasse ein grosses Finanzloch aus. Die Haltung unserer Regierung ist völlig unbegreiflich und kommt einem Kniefall gegenüber der EU gleich.

Verteilschlüssel bekannt

Bekannt ist bereits, wie der finanzielle Kuchen aus der Schweiz an die zehn EU-Oststaaten verteilt werden soll. Das Departement für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA gab den folgenden Verteilschlüssel bekannt:

Polen	Fr. 489,020 Millionen
Lettland	Fr. 59,800 Millionen
Ungarn	Fr. 130,000 Millionen
Estland	Fr. 39,920 Millionen
Tschechien	Fr. 109,780 Millionen
Slowenien	Fr. 21,956 Millionen
Litauen	Fr. 70,858 Millionen
Zypern	Fr. 5,988 Millionen
Slowakei	Fr. 66,866 Millionen
Malta	Fr. 2,994 Millionen

Dazu kommen wie erwähnt die neuen Begehrlichkeiten für die



Voranzeige

SD-1.-August-Feier

im Restaurant Ochsen in Wölflinswil
(Fricktal/AG)

- mit Nationalrat Bernhard Hess
- musikalische Darbietungen
- Armbrustschessen

(Detailprogramm in der Juli-Ausgabe)

Sämtliche Schweizer Patriotinnen und Patrioten
sind herzlich eingeladen.



neu im Jahr 2007 in die EU stossenden Länder Bulgarien und Rumänien. Unsere Regierung und das Parlament haben die Zahlungen in die EU nach oben nicht begrenzt. Die EU hat es somit in der Hand, auch mit politischem Druck, die finanziellen Begehrlichkeiten zu erhöhen und durchzusetzen. Unsere Regierung würde mit diesem Kohäsionsvertrag immer wieder von Brüssel über den Tisch gezogen. Bekanntlich werden für die Ost-Milliarde seitens

der EU keine Gegenleistungen erbracht.

Referendum hält Zahlungen zurück

Allein wegen des Ergreifens des Referendums kann der Bund noch keine Zahlungen der Milliarde Franken an die zehn neuen EU-Oststaaten leisten. Mit diesem Referendum wird auch ein Signal nach Brüssel gesandt. Die Schweiz setzt ein Zeichen, dass sich unser Land nicht so einfach als Melkkuh behandeln lässt. Unser Volk ist nicht bereit, alle Begehrlichkeiten aus der EU zu erfüllen.

Finanzierung der Ostmilliarde

Noch ist die Frage nicht beantwortet, woher der Bund Steuer-Milliarde Franken hernehmen will. Im Departement für Entwicklung und Zusammenarbeit sei die Finanzierung zur Zeit Gegenstand detaillierter Abklärungen. Das Ziel sei es, dass dieser Beitrag, nicht zu Lasten der übrigen Entwicklungsländer gehen soll. Wie dies auch immer geklärt wird; schlussendlich ist es das Geld des Steuerzahlers. Wenn unsere Spendenfreudigkeit so weiter geht, dann sind wir selber im Armenhaus.

Sofort unterschreiben

Die Schweizer Demokraten werden mit an vorderster Front kämpfen, damit das Referendum zustande kommt. Bekanntlich haben wir nur eine Sammelfrist von 90 Tagen. Mit Hilfe aller heimatverbundenen Kräfte werden wir dies auch schaffen.

Auf der letzten Seite finden Sie den Referendums-Unterschriftenbogen. Diesen wollen Sie raschmöglichst unterzeichnen und an uns zurücksenden.

Auch müssen wir auf den beiliegenden Einzahlungsschein hinweisen. Jede Spende ist herzlich willkommen.

NEIN zur Ost-Milliarden-Zahlung!



Unterzeichnen Sie das Referendum gegen die EU-Milliardenzahlung auf der letzten Seite 16.

 **Kanton Bern** 

 **Kanton Basel-Land** 

Wahlachlese im Kanton Bern

SD: Wähleranteil gesteigert

Das Positive vorweg: Im grössten Wahlkreis Mittelland konnten die SD mit einem ganz passablen Wähleranteil von 4 % das Mandat von Peter Schori halten. In den Wahlkreisen Bern-Stadt und Thun jedoch gingen die SD-Sitze infolge der Verkleinerung des Grossrates von 200 auf 160 verloren.

Der von den Medien für die SD vorausgesagte Totalabsturz im Kanton Bern fand nicht statt. Im Gegenteil: Mit teilweise beachtenswerten Wahlergebnissen konnten die SD den Sitz von **Peter Schori** sichern. Zudem holte der Bieler Polizeidirektor **Jürg Scherrer** sein Mandat auf der FPS-Partnerliste dank der SD-FPS-Listenverbindung.



Peter Schori



Jürg Scherrer

Die Hitliste der SD-Wähleranteile

1. 4,82 % Amt Schwarzenburg
2. 4,73 % Amt Interlaken
3. 3,96 % Amt Seftigen
4. 3,90 % Bern-Land
5. 3,83 % Amt Thun
6. 3,56 % Amt Laupen

Ausser Konkurrenz: Biel-See-land: FPS: 3,26 %, SD 2,27 %, total FPS/SD 5,53 %. Ein beachtliches persönliches Resultat erzielte auch **Christian**



Christian Jungen, SD-Ge-

meinderat in Heiligenschwendi. Jedoch war es für ihn äusserst schwierig, im Amt Thun einen von nur noch 15 Grossratssitzen zu verteidigen. Mit einem Quentchen Glück hätte es für die SD auch noch beinahe in der Stadt Bern für ein Restmandat gereicht. Hier profitierte allerdings die SVP von der SD-SVP-FDP-Listenverbindung.

SD-Regierungsratskandidat **Roland Schöni** hingegen erreichte mit 6684 persönlichen Einzelstimmen das beste SD-Resultat seit über 20 Jahren.

Ausblick Nationalratswahlen 2007

Wir dürfen nicht schönreden: Aufgrund des SD-Wähleranteils bei den Grossratswahlen 2006 würde das SD-Nationalratsmandat im Kanton Bern wohl knapp verloren gehen. Trotzdem stimmen diese Resultate optimistisch. So erzielen die SD bei nationalen Wahlen immer ungefähr ein Viertel mehr Stimmen als bei Gemeinde- oder kantonalen Wahlen. Auf jeden Fall bleiben uns noch rund eineinhalb Jahre Zeit, diesen Rückstand aufzuholen und damit zu verhindern, dass unsere heimat-treue Politik sowohl im Grossrat, in zahlreichen Stadt- und Gemeindeparlamenten wie auch im Nationalrat nicht verstummt.

Die SD-Parteileitung dankt allen Kandidatinnen und Kandidaten für den grossen Einsatz und wünscht den Gewählten viel Erfolg und Befriedigung im neuen Amt.

Bernhard Hess, Nationalrat, SD-Wahlkampfleiter

Sicherheit bei Sportveranstaltungen

Krawalle gehören nicht zum Sport!

Seit Jahren besuche ich mit meiner Familie Sportveranstaltungen. Aus eigener Anschauung und als Sportpolitiker kann ich die Situation sehr gut beurteilen. Wegen einigen überbordenden sogenannten Fans sind die Sportvereine immer mehr gezwungen, Sicherheitskräfte und die Polizei zur Bewachung ihrer Veranstaltungen einzuschalten. **Es hat in letzter Zeit in mehreren Städten bei Sportveranstaltungen schlimme Auseinandersetzungen zwischen Fangruppen gegeben.**

Dies, und die Tatsache, dass im Jahr 2008 die Fussball-Europameisterschaft in der Schweiz stattfinden soll, hat den Bund dazu bewogen, **ein Gesetz gegen den «Hooliganismus» zu schaffen.** Für viele solcher Radaubröder gehören Sachbeschädigungen, Drohungen, Randalen, Landfriedensbruch, Gewalt gegen Beamte und gegen unschuldige Sportveranstaltungsbesuchende zur Tagesordnung. Nachdem man die Situation in anderen europäischen Ländern mit harten Gesetzen einigermaßen unter Kontrolle brachte, ist es leider auch in unserem Lande unumgänglich, gesetzgeberisch tätig zu werden. Das neue Gesetz ermöglicht für Krawallbrüder Rayonverbote (Verbot ein bestimmtes Gebiet zu betreten), Ausreisebeschränkungen, längere Polizeigewahrsam und das Führen einer Hooligan-Datenbank. **All das sind Massnahmen, die leider bitter notwendig sind. Sie richten sich einzig und allein gegen Leute, welche bei Sportveranstaltungen brandschatzend, schlägernd, zerstörend und gewalttätig aktiv werden.**

einsichtigkeit. Ich hoffe, dass dieses Referendum nicht zustande kommt. Sollte es dennoch zu einer Volksabstimmung kommen, werden wohl mehr als Dreiviertel aller Stimmenden ihre Zustimmung zum Gesetz geben. Als Partei könnten wir uns mit der Unterstützung eines solchen Referendums höchstens die Finger verbrennen – mit Recht!

Fragwürdige Rolle der Medien

Im Vorfeld der Basler Krawalle hat eine grosse Zeitung tagelang darüber geschrieben, was das für ein «Hochrisiko-Fussballspiel» werde. Es wurden gar im Vorfeld Bilder von randalierenden Fans gezeigt. **Ein Lokalfernsehen und einige andere Zeitungen haben mit ihrer verantwortungslosen Berichterstattungen die gewaltbereiten Leute regelrecht dazu ermuntert, «es» dann auch wirklich zu tun.** Die Medien spielen da also eine dubiose Rolle. Wenn es diese übermässigen Berichterstattungen nicht gäbe, würde wohl alles in Ruhe ablaufen. Aber diese extreme Medialisierung ist nicht von Gutem. Und eine andere zwielichtige Rolle spielt eben auch der **übermässige Alkoholkonsum** von manchem dieser Fans. Auch diese Fragen sollten ernsthaft angegangen werden!

Basel nur die Spitze des Eisbergs

Nun hat es ja die sattsam bekannten Ausschreitungen beim Fussballspiel zwischen dem FC Basel und dem FC Zürich gegeben. **Nicht einige wenige, sondern mehrere hundert Leute (Schätzungen gehen von bis zu 1000 Beteiligten aus) waren daran beteiligt** und wir schämen uns über all das, was geschehen ist. Dieser grosse «Fall FC-Basel» ist aber kein Einzelfall. Zwei Wochen vorher gab es **Ausschreitungen nach einem Fussballspiel in Aarau und am Sonntag nach den Basler Krawallen musste die Polizei auch in St. Gallen eingreifen.** Auch in Luzern, Zürich, Yverdon gab es schlimme Gewaltexzesse. Und vor kurzer Zeit randalierten Zürcher Fans gar in Kopenhagen. Wer diese Szene kennt, weiss, dass immer mal wieder die gleichen Leute auftreten. Aber die

Fortsetzung Seite 10

Spendenaufruf und Dank an Spenderin

Wiederum haben wir von FM eine grosszügige Bar-spende erhalten. Vielen herzlichen Dank dafür. Unser Kampf zur Erhaltung der Heimat verschlingt sehr viel Geld, deshalb müssen wir wiederum auf den beiliegenden Einzahlungsschein hinweisen.

Hannes Steffen und Rudolf Keller

Zur Ost-Milliardenzahlung

Nein, liebe Schweizerinnen und Schweizer. In unserem Land hat es genug Working Poor, genug Arbeitslose, Ausgesteuerte, Alleinerziehende, IV-Bezüger und je länger je mehr auch AHV-Rentner, die sich vielleicht auch über einen kleinen Solidaritätsbeitrag zwischendurch freuen würden, statt sich immer Abstriche gefallen lassen zu müssen! «Man wird sie nicht mehr los, die Geister, die man rief!»...

Jürg Frey, Freienstein

Fortsetzung von Seite 9

Kantonspolizei Baselstadt kann wegen eines übertriebenen Datenschutzes beispielsweise nicht auf die ermittelten Täter-Daten der



Den Chaoten das Handwerk legen.

Kantonspolizei Zürich zurückgreifen und umgekehrt. So entgehen diese Leute oft einer nachhaltigen Strafe. **Leider reichen die bisher gültigen Gesetze nicht aus, um dem Problem meister zu werden.** Und das neue und notwendige Gesetz schliesst diese wichtige Lücke im Interesse der Sicherheit aller Sportveranstaltungsbesucher.

Ich will mit meiner Familie ohne Angst ein Eishockeyspiel oder einen Fussballmatch ansehen können. Das kann ich heute leider nicht mehr überall. Wenn wir diese Sicherheit nicht mehr garantieren

können, wird der Sport kaputt gehen. Das will ich nicht. **Als SD-Politiker bin ich im Übrigen der Maxime «Recht und Ordnung» verpflichtet.** Auch von daher: Wir können nicht immer für Recht und Ordnung eintreten und dann kniefen, wenn etwas getan werden soll, das die Probleme lösen hilft. Zudem kosten uns all diese Ausschreitungen viel viel Steuergeld. Natürlich werden den Veranstaltern die einen oder andern Kosten, welche die Polizei hat, überbürdet. Aber lange nicht alles. **Im «Fall FC-Basel» müssen die Öffentlichkeit und die Versicherungen an die Schäden in hohem Masse mitbezahlen.** Das fällt also alles wieder auf uns brave Bürgerinnen und Bürger zurück – mit höheren Steuern und entsprechenden Versicherungsprämien. Wer die Leserbriefspalten nach dieser Basler Schande gelesen hat, kommt zum Schluss, dass eine überwältigende Mehrheit der Leute im Land davon überzeugt ist, dass es das «Hooligan-Gesetz» braucht. **Deshalb rufe ich unsere Anhänger dazu auf, dieses Referendum nicht zu unterschreiben.**

*SD-Landrat Rudolf Keller,
Frenkendorf, Präsident
Parlamentarische Gruppe Sport
des Baselbieter Landrates*

liche. Dieser Gesetzestext ist so «gummig» abgefasst, dass ein/e Jede/r Gefahr läuft, mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten.

Hier geht es nicht mehr darum, bei den sportlichen Grossanlässen der Euro 08 für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Ein Grossteil dieser erweiterten polizeilichen «Kompetenzen» blieben den schweizerischen Sport-Fan-Gemeinden für immer erhalten! Es ist inakzeptabel Besucher von Sportanlässen zum Vorneherein als potenzielle Täter darzustellen. Unserer Polizei (die ansonsten gute Arbeit leistet!) und den Behörden empfehlen wir, zuerst die heute geltenden Rechtsmittel gegen Chaoten auszuschöpfen, bevor unsere Rechtsordnung (bis anhin galt die Unschuldsvermutung) ausgehebelt wird.

Die Schweizer Demokraten, Kantonalpartei Basel-Stadt, sind dem Referendumskomitee gegen das Willkür-Gesetz bei Sportveranstaltungen beigetreten und sammeln ebenfalls Unterschriften für das Zustandekommen des Volksbegehrens.

Unterstützen auch Sie diese Bemühungen. Dieses demokratiefeindliche Gesetz müssen wir jetzt schon bekämpfen und nicht im Nachhinein den Abbau der Bürgerrechte beklagen. Unterschriftenbogen erhältlich bei: Schweizer Demokraten, Postfach 4219, 4002 Basel oder selbst heruntergeladen von der Basler SD-Homepage www.sd-bs.ch.

Schweizer Demokraten BS



Kanton Zürich



Stadt Dübendorf

Für die SD erfolgreiche Wahlen

(jhd.) Die Wahlen in Dübendorf sind für die Schweizer Demokraten erfolgreich verlaufen. Mit 296 persönlichen Stimmen wurde unsere Gemeinderätin **Elisabeth Cafilisch** im Amt bestätigt! Damit bleibt der traditionelle Dübendorfer Gemeinderatssitz der SD (und NA) weiter in unserer Hand, und die Ablösung des Vorgängers Jean-Jacques Hegg ist gelungen. Der Stimmenanteil betrug 2,4 Prozent. Es reichte fast für ein Vollmandat (2,5%), so dass man also nicht behaupten kann,



wir verdanken den Sitz einfach dem neuen Wahlmodus Pukelsheim. Davon profitierte allerdings die EDU, die mit einem Stimmenanteil von 1,65 Prozent einen neuen Sitz eroberte. Enttäuschend war die Stimmbeteiligung, nämlich nur 28,8 Prozent! Da hat man die Wahlen mit der brieflichen Stimmgabe erleichtert, und es gibt Pläne, sie auch noch per Computer und E-Mail zuzulassen! Aber die Beteiligung sinkt in den Keller. Würden sich die Stimmbestimmten zusammen und geschlossen zur Urne gehen, sie könnten sämtliche Regierungsparteien an die Wand fahren!



Kanton Basel-Stadt



Rote Karte gegen Willkür-Gesetz bei Sportveranstaltungen

Die Schweizer Demokraten, Kantonalpartei Basel-Stadt, unterstützen das Referendum betr. «sogenannten» Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS).

Zur Erinnerung: Das schon seit einigen Jahren «wirksame» Antirassismus-Gesetz hat sich längst als Maulkorbgesetz gegen freiheitsliebende Bürgerinnen und Bürger entpuppt. Jetzt entwickelt dieses gar noch Metastasen (Ableger von bösartigen Krebsgeschwüren): Normalbürger würden künftig an Sportanlässen als potenzielle Krawallmacher eingestuft und auch so behandelt. Der Vorsteher des Justiz- und Polizei-Departementes, Bundesrat Christoph Blocher, hat hiermit bewusst oder unbewusst, ein Eigentor gegen die eigenen Landsleute geschossen... Wer sagte doch damals vor der Abstimmung beim «Antirassismus-Gesetz», dass dieses die anständigen Bürger nicht tangieren würde? Ja, leider, der damalige Präsident der AUNS, NR Christoph Blocher!

Zehntausende, ja hunderttausende von treuen und anständigen Fans unterstützen ihre Mannschaften und somit den Sport allgemein. Ohne diesen Support wären sportliche Grossveranstaltungen gar nicht durchführbar. Gewiss gibt es schweizweit 200 gewaltbereite Krawallbrüder (dies gemäss offiziellen Angaben). Diese stellen jedoch eine ganz kleine Minderheit dar. Bundesrat und Parlamentsmehrheit hiessen ein Willkür-Gesetz gut, **welches unter dem Deckmantel der Sicherheit unbescholtene Zuschauer bevormunden und entrechten will.** Aufgrund von blossen Mutmassungen könnten so Personen verpflichtet werden, sich zu bestimmten Zeiten bei einer Polizeistelle zu melden und/oder gezwungen werden – während einer gewissen Zeitdauer nicht in ein bestimmtes Land auszureisen! Präventivhaft, Rayonverbot und Aufnahme in eine Datenbank gehören zu den weiteren geplanten Massnahmen; dies gar für Jugend-

SD-Erfolg im Zürcher Unterland

In Opfikon wurde Thomas Janser (bisher) und in Kloten Manuel Ackeret (neu) ins Stadtparlament gewählt. Der Erhalt der beiden SD-Sitze bei den Wahlen vom 2. April

2006 ist insbesondere darum als grosser Erfolg zu werten, weil in Kloten der Gemeinderat von 40 auf 32 Mitglieder verkleinert wurde.

SD-Bezirkssektion Bülach

Stadt Zürich

«Jung und Alt» am gleichen Tisch

Höck in der Stadt Zürich jeden ersten Donnerstag im Monat ab 19 Uhr im **Restaurant Barino**, Hohlstrasse 561, 8048 Zürich. Beim Bahnhof Altstetten, S-Bahn, Bus 31



Schweizer Demokraten



Kanton Solothurn



Gewalt gegen Schweizer Demokraten

Ausländergewalt ohne Ende

Die Spirale der Gewalt im Kanton Solothurn dreht sich weiter. Schon wieder ist es im Niederamt zu einem brutalen und heimtückischen Überfall auf zwei einheimische junge Männer gekommen.

In der Nacht auf Sonntag, 7. Mai, sind zwei junge Mitglieder der Schweizer Demokraten, die sich auf dem Heimweg befanden, von einer Gruppe (ca. 10 Personen) brutal zusammengeschlagen worden. Die mutmasslichen Moslems bremsen dabei das Fahrzeug der jungen Schweizer aus und zerrten sie ohne Angaben von Gründen aus ihrem Auto. Die beiden wurden solange mit Eisenstangen und Fussritten traktiert bis sie regungslos am Boden liegen geblieben sind. Erst dann haben sich die Verbrecher aus dem Staub gemacht. Nur mit viel Glück gab es keine grösseren Verletzungen.

Man kann davon ausgehen das die ruchlose Tat von langer Hand geplant und organisiert wurde. Besonders schockierend dabei ist die Form der Brutalität und ihre totale Sinnlosigkeit. Die Schweizer Demokraten sind entrüstet. Tausendfach haben die Schweizer Demokraten von der Regierung härtere Massnahmen im Umgang mit der Ausländergewalt gefordert. Pas-

SD Solothurn

Neuer Stammtisch / SD-Treff

Jeden ersten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr im Café Knaus in Oensingen.

siert ist nie etwas. Mit schwärmerischen Floskeln wurde die multikulturelle Gesellschaft von unseren sogenannten Volksvertretern schön gepriesen. Man sprach von «Angstmacherei» und «Volksverhetzung» seitens der Rechten und hat damit die eigene Jugend ins Abseits gedrängt, so dass sich viele von ihnen nicht mehr ernst genommen fühlten und begannen sich rechtsradikalen Gruppierungen zuzuwenden.

Rad der Gewalt

So kommt es oft zur Gegengewalt. Ist es dann soweit, zeigen alle ihr tiefes Bedauern und Mitgefühl. Gewisse Medien überbieten sich gegenseitig im Formulieren von Entschuldigungen. Die SD werden diese schamlose Verdrehung von Tatsachen nicht mehr hinnehmen. Wir fordern die Politiker zum wiederholten Male auf, sich nicht länger hinter irgendwelchen Paragraphen zu verstecken, sondern endlich das Problem mit Mut anzugehen. Dazu gehört natürlich in erster Linie auch das Eingeständnis, in diesem Bereich vollends versagt zu haben. Das Problem kann nicht länger totgeschwiegen werden.

SD wollen Frieden

Die Schweizer Demokraten betonen ausdrücklich ihren Willen zum Gewaltverzicht, trotz der Abscheulichkeit des Verbrechens gegen unsere Mitglieder. Der Glaube an eine demokratische Lösungsfindung ist bei den SD schon aus traditionellen Gründen tief verwurzelt. Die Regierung ist aber aufgerufen, die Sicherheit aller Bürger zu garantieren. Die SD werden Zustände wie in Frankreich niemals akzeptieren. Die alten Eidgenossen haben auch nicht ewig zugesehen. Es liegt deshalb auch im Interesse der Behörden dieser brandgefährlichen Situation endlich entschlossen entgegenzutreten. Eine Eskalation würde auch die Staatsmacht in arge Bedrängnis bringen.

Mathias von Arx



Kanton Thurgau



Littering ist fehlende Liebe!

Jetzt geht es aufwärts, endlich ist ein englisches Fachwort von Akademikern und Experten gefunden. Es heisst Littering und umschreibt das bewusste Fortwerfen von Abfällen selbst in allernächster Nähe von Abfallkübeln. Gemeinde- und Kantonsvertreter trafen sich in der ETH, Johannes Heeb von der UNI Basel legt Studien aus fünf Schweizer Städten vor: 30 % des Abfalles werden bewusst und achtlos «entsorgt» – 52 % dieses Abfalles stammen von der «fliegenden Verpflegung», 24 % sind Zeitungen und Werbung. Die Reinigung von Strassen und Plätzen kostet in der Schweiz 350 Millionen pro Jahr! Doch was meinen Volk und Steuerzahler zum Littering? «Sauhund...» ohne Erziehung, ohne Bildung, tönt es! Fehlende Kinderstube, Saupack und vieles mehr, sind typische Aussagen! Zweifel an mehr Kontrollen, an Busseordnungen, an Überwachungen mit Polizei oder Infrarotkameras werden deutlich. Zudem liegt seit Jahren die Arbeit des SD-Präsidenten im Thurgau auf dem Tisch. Er hat jahrelang auf den Autobahnteilstücken Thurgau-Zürich jene Autnummern notiert, die auf der Autobahn, an Auf- und Abfahrten sogar sackweise entsorgt haben. Eine

knappe Woche lang hat er zudem die Abfälle entlang der Autobahnen gesammelt, gewogen und aufgelistet. Über hundert verschiedene Artikel sind auf seinen Listen und wer heute, am Anfang der Vegetation, die Augen auch anderswo offen hält, muss sich einfach ärgern! Schweizer Demokraten sagen es klar und deutlich, wer «Littering» betreibt, liebt dieses Land kaum! Ja, es muss angenommen werden, dass diese Leute unser Land verachten oder sogar hassen. Denn nur dann, ist diese Lieblosigkeit, diese Verschmutzung überhaupt erklärbar. Dazu braucht die SD-Kommission keine Experten von der ETH. Diese These wird im Übrigen gestützt von den Zahlen des SD-Präsidenten: Über 90 % seiner aufgelisteten Autonummern weisen Eigentümer aus, deren Namen fremdländisch klingen. Die zumeist jugendlichen «Litterer» müssten auch gefragt werden, ob sie bereit wären, z.B. als Strassenreiniger ein Leben lang den anderen den Dreck aufzunehmen? Natürlich müsste auch den Linken+Grünen ein «Kränzlein» gewunden werden, denn ihre Sackgebühr kostet und viele «Litterer» wollen sicher auch Kosten «sparen».

SD Thurgau, www.sd-tg.ch

IV + AL – verheimlichter Bankrott!

Freudig war die Stimme von BR Deiss: Unser Land hätte nur noch etwas über 150 000 Arbeitslose (AL) und die Öffnung (für 470 Mio. Menschen) sei somit kein Problem. Er hat die bald 2000 Millionen Franken Schulden der AL-Kasse nicht erwähnt – die AL-Kasse ist nämlich so konzipiert: Bei 100 000 AL sind die Auszahlungen so gross wie das Total der AL-Beiträge! Sind mehr als 100 000 arbeitslos, müssen Schulden gemacht werden. BR Deiss hat aber auch höflich über eine Million Fürsorgeempfänger geschwiegen. Ist ein Arbeitsloser mehr als 15 Monate ohne Arbeit, verschwindet er aus der AL-Statistik und wird Fürsorgefall der Gemeinde. Nicht nur Arbeitslose fühlen sich betrogen! Die IV-Revision trifft die Falschen. Von den gewaltigen Missbräuchen war in Bern kaum die Rede. Bei einem Ausländerbestand von 20% sind über 55% der IV-Bezüger Ausländer; niemand hat diese Tatsache

hinterfragt. Zudem müsste eine IV-Rente den Lebenskosten im betreffenden Lande angepasst werden! 1000 Franken Unterstützung sind in der Schweiz zum Lachen, aber in der Türkei oder in Thailand eine goldene Lebensbasis! Ausgerechnet bei den Menschen in unserem Lande wird nun die «Sparschraube» angezogen. Aber auch die Hinweise auf handfeste Missbräuche, wo angeblich Invalide in ihren Heimatländern plötzlich wieder laufen können, blieben unbeachtet. Gewalt und Drohungen gegen IV-Vertrauensärzte und IV-Personal und ihre Familien in der Schweiz wurden ebenso übergangen. Wo aber, so fragen viele Mitbürger, bleiben unsere angeblichen «Volksvertreter» und wer bezahlt all die Milliarden-Bankrotte unserer Sozialwerke? Wer?

Schweizer Demokraten, SD Thurgau, Kantonale Parteileitung, www.sd-tg.ch
Willy Schmidhauser, Präsident

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich
pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!

Nur Zeitungsabonnement

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern

 **Stimme**

Unterricht unter Polizeischutz

Die Rektorin eines Berliner Oberstufen-Schulhauses im Problembezirk Neukölln schreit öffentlich um Hilfe. Die Lehrerschaft kann die gewalttätigen Schüler nicht mehr unter Kontrolle halten.

Ein normaler Unterricht sei an ihrer Schule nicht mehr möglich, schreibt die oberste Lehrerin an die Schulleitung. Gewalt, Zerstörung und menschenverachtendes Verhalten gehören zur Tagesordnung. Es werden Türen eingetreten, Knaller im Unterricht gezündet, Lehrer völlig ignoriert oder gar attackiert. Einige Lehrer trauen sich nur noch mit ihrem Mobiltelefon in das Klassenzimmer, um im Notfall Hilfe anfordern zu können. Von den 224 Schülern sind tatsächlich weniger als 45 deutscher Herkunft. Die nationale Minderheit im eigenen Land zu sein, bedeutet in diesem konkreten Fall, «Schweinefleischfresser» genannt zu werden. Um keinen Ärger zu bekommen, passen sich also die überbliebenen Deutschen der Mehrheit an und sprechen absichtlich gebrochenes Deutsch.

Eine Schliessung der Schule steht



Lernwillige Schüler leiden unter dem Multi-Kulti-Chaos.

aber laut dem Bildungssenator nicht zur Diskussion. Stattdessen sollen die beiden Sozialarbeiter der Schule künftig von zwei Experten aus dem schulpyschologischen Dienst unterstützt werden. In der Zwischenzeit muss der Unterricht unter Polizeischutz stattfinden.

Was in Berlin bereits wahr geworden ist, kann schon bald auch in Städten wie Zürich oder Basel Realität werden. Auch in gewissen Quartierschulen in hiesigen Städten beträgt der Anteil der ausländischen Schüler über 80 Prozent.

In die Privatisierungsfalle getappt

Russlands Regierung hat sich die Kontrolle über die Energieversorgung teuer zurückkaufen müssen. Man hat begriffen, dass die Monopolstellung eines Energielieferanten das nationale Interesse übergeht und sogar international zu gefährlichen Machtspielen dienen kann.

Im Zuge der willkürlichen und überhasteten Privatisierungen unter Präsident Jelzin verkaufte der russische Staat sein Energieminis-

terium an Privatleute. Für läppische 400 Millionen US-Dollar konnten sich also zwei Leute ein Unternehmen unter den Nagel reissen, welches nicht nur ganz Russland mit Energie versorgt, sondern zusätzlich auch Gas nach Westeuropa exportiert. Zum Verwaltungsratspräsidenten wurde kurzerhand der ehemalige Energieminister gewählt.

Die Monopolstellung wurde ökonomischer Weise dazu miss-



Russische Erdgas-Pipeline nach Westeuropa: Eine kurze Drehung – und nichts fliesst mehr.

braucht, die Preise stetig zu erhöhen. Hinzu kommt, dass dem privatisierten Unternehmen sämtliche Pipelines, d.h. das gesamte Gasversorgungsnetz, gehörte. Dies hatte zur Folge, dass keine Konkurrenz aufkommen und somit nur das eigene Gas angeboten werden konnte. Das erklärte Ziel der Jelzin-Regierung war es eigentlich, die Wirtschaft durch die radikale Privatisierungspolitik und den damit entstehenden Wettbewerb in Schwung zu bringen, um den riesigen wirtschaftlichen Rückstand gegenüber dem Westen wettzumachen. Dass die blanken Zahlen in Form des steigenden Bruttoinlandsproduktes Jelzin Recht gaben, kann man leider nicht leugnen. Was aber der jetzigen Regierung unter Vladimir Putin bewusst wur-

de, ist, dass die Bevölkerung unter den massiv steigenden Energiepreisen zu leiden hatte. Um die entstehende Armut zu bekämpfen, gibt es zwei Vorgehensweisen: Entweder man subventioniert die Energielieferungen grösstenteils oder man verstaatlicht den Lieferanten, um so die Preise selbst in einem angemessenen Rahmen festlegen zu können.

Die Regierung sah sich also gezwungen, das riesige Unternehmen wieder zu verstaatlichen. Doch was noch vor ein paar Jahren 400 Millionen wert war, kostete den Staat volle 13 Milliarden US-Dollar. 13 Milliarden musste das russische Volk also hinblättern, um etwas zurückzubekommen, was es selbst aufgebaut und was ihm selbst gehört hatte.

Suaheli statt Deutsch

Im Kanton Basel-Stadt liegt der Anteil der fremdsprachigen Schüler bei unglaublichen 43,6 Prozent. Der schweizerische Durchschnitt liegt bei zirka 20 Prozent. Wie allgemein bekannt ist, sind die Sprachkenntnisse und

die Fähigkeit, einen Text zu verstehen, an unseren Schulen im internationalen Vergleich eher Mangelware.

Diese Tatsache erstaunt kaum, wenn man die Zahl der fremdsprachigen Schüler kennt.

Die «stylish» Jugend von heute

Jugendliche verdienen gerade ihr erstes Geld und schon geht die Markenfrage in die zweite Runde. Junge Leute geben ihre ersten Gehälter für den Kauf von Klammotten bei Herstellern wie «Gucci», «D&G» oder «Armani» aus, um angesagt zu sein.

Eigentlich darf man von einem volljährigen Menschen erwarten, dass er sein Leben grösstenteils selbständig in geordnete Wege lenken kann. So gehört ein überlegter Umgang mit Geld ebenso zur Grundausbildung eines Heranwachsenden, wie es auch der respektvolle Umgang mit seinen Mitmenschen sein sollte.

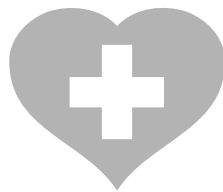
Kaum ist es heute einem Mädchen oder einem jungen Mann erlaubt, selbst über sein Geld bestimmen zu dürfen, reicht es nicht mehr aus, einen Pullover von «Adidas» oder «Nike» zu tragen. Was als Vierzehnjähriger noch ein absolutes Muss war, wird verspottet, und die Hose darf nicht mehr nur siebzig Franken kosten, sondern muss mindestens einen Wert von dreihundert Franken haben, damit nämlich irgendwo «D&G» aufgedruckt ist und man bei seinen Freunden als «voll de Pimp» da steht.

Weil Kleider von «Vögele» angeblich sowieso nur von «Asozialen und Bauern» getragen werden,

darf sich heute das Fräulein Tochter beschweren, wenn sie ihre Kleider nur von «H&M» von ihren Eltern bezahlt erhält, ihr werter Vater jedoch Hemden von «Lacoste» trägt, um dem Ideal eines gepflegten Büromitarbeiters gerecht zu werden.

Durch den übermässigen, sich selbst auferlegten Druck, in der Gruppe immer gut dazustehen, scheint auch die Zeit zu knapp geworden zu sein, einem älteren Mitmenschen gegenüber respektvoll zu sein.

Wie «uncool» muss man als halbstarker Bursche sein, um einer Frau zu helfen, deren Kinderwagen eine Treppe hinauf zu tragen. Eine betagtere Person kann von einem Jugendlichen heute nicht mehr erwarten, dass dieser seinen Sitzplatz im überfüllten Zug räumt, wenn es einem schwer fällt, sich auf den Beinen zu halten. Erheben sich doch nur noch andere Erwachsene für ältere Leute. Ein junger Möchtegern muss sich gegebenenfalls berechnende Sorgen machen, einem strengen Blick oder einem faulen Spruch eines Gruppenmitgliedes ausgesetzt zu sein. Und es gibt unter der jüngeren Generation kein übleres Elend als dasjenige eines «unstylishen Outsiders».



L'UE se communise et devient mafieuse



Mary Meissner,
Vernier

Avec les dernières élections italiennes qui ont repris le vieux cheval, de retour Giulio Andreotti, ex membre de Cosa Nostra de Palerme, jeune homme de 87 ans, comme premier ministre, Prodi a fait très fort. Entouré de communistes bon teint dont on soupçonne qu'ils ont téléguidé l'attentat contre le Pape Jean Paul II, ce gouvernement réhausse l'image de l'Union européenne et confirme l'entrée des mafieux aux côtés de la mafia russe, dans ce panier de crabes rouges.

L'Italie est superbement accompagnée par l'Allemagne dirigée par

Angela Merkel produit de l'Est communiste et amie de Poutine, qui avait des oreilles partout durant les années Kohl et Schröder. Aujourd'hui, la politique allemande se manifeste de la Baltique à la Bulgarie, pas seulement sur les marchés commerciaux mais en tant que porteuse d'un avenir commercial riche de promesses soutenu par des communistes kagébistes infiltrés de longue date.

Pendant ce temps la France se débat dans des querelles intérieures et perd la face vis-à-vis du reste du monde. Le journal le Figaro a même accepté de publier le 25 avril une publicité demandée par l'organisation marxiste et criminelle des Moudjahidines du peuple, organisation iranienne connue pour ses attentats et chantages. Elle a 5000 hommes basés en Irak aux frontières de l'Iran et autant en Europe dont l'antenne se trouve dans l'Oise. Et la Russie profite de ces

dysfonctionnements pour s'incruster au cœur des nations occidentales comme une pieuvre avec ses tentacules d'oléoduc Gasprom contrôlant les livraisons de gaz et de pétrole, ainsi que tous les circuits commerciaux et bancaires mêlés à de telles opérations. D'ailleurs Gerhard Schröder s'était porté garant juste avant son départ d'un prêt secret de 900 millions d'euros aux projets de Gasprom où il est maintenant un grand pont.

Le Russe Firtash possède 90% des actions de Centralgaz et son associé Furskin 10%, tous deux appartenant à la RusUkraine, créée en 2005 pour faire plier l'Ukraine, un de leurs associés étant réfugié en Israël, Seven Mogullevitch de la SEVA, un des plus importants barons de la mafia russe.

La Grande Bretagne ne va pas mieux, et Blair chancelle. Quant à la Pologne, c'est la catastrophe. Ce pays souffre encore des plaies d'un

demi-siècle d'occupation soviétique. Le gouvernement de Lech Kaczynski n'a pu trouver une majorité parlementaire qu'en s'associant avec le parti Droit et Justice d'une part, et la Ligue des Familles Polonaises d'autre part, plus Samoobrona, un groupe d'autodéfense, d'André Lepper. Ce mélange provoque un malaise car en face il y a les libéraux de la Plateforme civique qui partageraient volontiers le pouvoir avec les communistes dont le président Kwasniewski était le préféré des Américains. Cette ambiguïté politique et morale nuit au bon fonctionnement d'un pays membre de l'U.E. qui attend nos milliards.

Bref, si nos europhiles malgré ces informations veulent toujours entrer dans l'UE, c'est qu'ils sont sourds et aveugles. Les vrais Suisses doivent se féliciter de n'être pas encore dilués et avalés pas ce ramassis de mondialistes abrutis.

Le Pileri

Où ira le milliard octroyé aux pays de l'Est?

Nous apprenons qu'Israël s'est empressé de réclamer à la Pologne des dommages et intérêts concernant les exactions commises contre les juifs durant les années de guerre 1939-1945 et suivantes. Et ceci juste après la décision du Conseil fédéral de verser ce milliard de la discorde qui fait l'objet d'un référendum, à la Pologne principal bénéficiaire de NOS millions. A vous de conclure.

Ambassadeur rappelé en Tunisie

L'ambassadeur de Tunisie en Suisse a été rappelé à la suite des critiques émises par nos conseillers fédéraux contre la politique anti-droit de l'homme qui prévaut en Tunisie. En tout cas c'est la version officielle donnée par ce pays. Mais nous soupçonnons une autre raison: celle de ne pas reprendre les réfugiés politiques qui se cachent en Suisse, et tous les sans papiers et autres clan-

destins. Rappeler un ambassadeur et de ce fait fermer des bureaux pouvant délivrer des passeports ou des visas est le meilleur moyen de mettre le bâton dans les roues de toute veulaille de retour. Madame Calmy-Rey et Christof Blocher ont-ils compris cet avertissement?

Unique prison genevoise en danger

Construite pour accueillir 270 détenus, la prison de Champ Dollon en compte ces jours, presque 500. Ce qui veut dire 3 prisonniers par cellule, d'où des frictions ethniques insupportables. Après deux grèves, les 243 gardiens sont sur le qui-vive, car ils doivent faire face à une population carcérale dont 71% est étrangère.

Vous rappelez-vous nos mises en garde prévoyant un séisme prévisible lorsque de 14 000 affaires judiciaires, celles-ci ont atteint plus de 24 000? Nous avions alors affirmé que les malfrats étaient en majorité étrangers ce que la gauche avait réfuté avec véhémence. Vous souvenez-vous des promesses fai-

tes par les européistes et les membres du C.F. qui ont prétendu que Schengen et Dublin n'auraient aucune influence sur l'arrivée des étrangers traversant les frontières ouvertes?

Aujourd'hui on ne peut même pas renvoyer les détenus dont une majorité est sans domicile fixe freinant une libération provisoire. Un 50% de ceux-ci viennent des pays de l'Est et d'Afrique, les premiers spécialisés dans les agressions, les vols, les escroqueries en tout genre, et les seconds dans les affaires de drogue ou les viols. Certains ne parlent même pas français. Bref, chers concitoyens(ennes), nos prévisions étaient justes et nos craintes fondées. Mais avec ces gens qui nous gouvernent, il n'y a sourd qui ne veut entendre. Peut-on refermer une ouverture béante, incontrôlable et létale pour nos finances et notre sécurité?

Les Verts ont le vent en poupe

Ce qui est inconvenant et vraiment moche, c'est que les milieux politiques et les médias, mettent l'accent sur le fait que les Verts sont de gauche. Une partie probablement a

la fibre sociale très poussée mais n'oublions pas que les citoyens catalogués à droite, sont aussi des verts qui ne désirent pas s'inscrire dans un parti à l'odeur gauchiste. Je pense que tous les citoyens de ce pays aiment la nature, les animaux et une eau propre avec un air respirable. Les Démocrates suisses ont toujours été en majorité à la pointe de la lutte contre le nucléaire, pour des économies d'énergie, contre les OGM et pour la protection de nos ressources hydrauliques. Nous luttons aussi pour protéger nos forêts, nos montagnes et nos terres arables. Nos membres versent de confortables cotisations aux refuges d'animaux, aux associations qui se battent contre la vivisection et les fabriques d'animaux entassés les uns sur les autres, contre l'égoïsme des animaux de rente, contre les corridas et la féroce façon de mettre comme appât des chiens vivants attirant les requins, contre les mines antipersonnel et les munitions nucléaires.

Alors cessons de tirer un trait entre les bons verts et les mauvais verts. C'est de la discrimination et passible d'entrer sous le coup de l'article 261^{bis} de la loi.

Octopus

Genève, le canton le plus malmené par l'inégalité des chances

Concernant le taux de chômage par canton, on se rend compte que les cantons frontaliers (Jura, Neuchâtel, Vaud, Tessin et Genève) sont les plus touchés par cette situation semblable à celle de nos voisins qui croûlent sous le poids des chômeurs (France, Italie et Allemagne). Mais le plus mal en point est Genève qui atteint 7.1% alors que la moyenne suisse est de 3.4%. Les causes principales sont d'abord la situation étriquée du territoire ville-campagne, sans arrière pays, la concentration des organisations internationales, et l'incurie des pouvoirs publics à faire appliquer les lois.

Ainsi, profitant de la libre circulation des personnes, les frontières de ce petit canton entièrement ouvertes sur la France, laissent passer chaque jour cinquante cinq mille frontaliers travaillant en ville, plus les romanichels sans papiers installés sauvagement en Savoie, dans l'Ain et même plus loin, qui eux, viennent voler légumes et valeurs, défonçant nos clôtures et nos portes. Dans le même temps, nos citoyens à la recherche d'un emploi, émargent aux caisses de chômage pour un total de 26000, soit la moitié des frontaliers que d'aucuns accusent de venir prendre le travail aux Suisses.

Non seulement ces pendulaires encombrant nos routes, n'utilisent pas les coûteux parkings de proximité que l'Etat a construits pour eux, mais ils se parquent n'importe où, sont naturellement repérés, mais ne paient pas leurs amendes. Inégalité devant la loi. Les voitures aux plaques genevoises n'y coupent pas et le fisc connaît leurs adresses. Alors la Confédération pense déléguer à l'Hexagone la récupération des amendes non payées, et dans le même temps propose que la France conserve la totalité des sommes encaissées. Bernard Dupont pense que ce serait un moindre mal car ce traitement serait intéressant

sous l'angle de l'égalité de traitement du respect de la loi. Mais ce monsieur ne dit rien à propos d'une déduction de ces montants, des sommes rétrocedées par la Suisse à l'Hexagone dans le cadre de l'égalité de traitement de la fiscalité selon les accords de Schengen.

Bref, cet article démontre l'inégalité des traitements, et des chances pour Genève de réduire son chômage au niveau du pays.

Heureusement, nous avons un conseiller municipal qui enfonce logiquement un bâton dans ces fourmillières économiques (E. Stauffer, MCG) et lui au moins essaie de faire bouger les choses pour diminuer le déficit abyssal qui ruine ce canton à la réputation internationale.

Charlotte Morel

Le Piloni

L'Angleterre, un avant-goût de chaos

Nos affiches spectaculaires représentant un plombier polonais, des mains noires qui quémandent ou un étrange individu traversant en le déchirant le drapeau suisse, les souris rongant la Suisse comme un fromage venues de tous côtés ou toutes autres caricatures soulignant les dangers qui nous menacent, n'atteignent pas le niveau réel de ce qui se passe en Grande Bretagne, mais qui risque de nous arriver aussi, vu nos prisons qui débordent et notre appareil juridique surchargé.

Figurez-vous que le Ministre britannique de l'Intérieur, Charles Clarke, a ignoré le suivi dû aux prisonniers dangereux libérés après avoir purgé leur peine et devant être expulsés immédiatement comme le stipule la loi.

La presse anglaise demande la démission de ce ministre, mais je ne pense pas que cela améliorera la situation. En effet, il s'agit de 916 malfaiteurs dont cinq assassins de vieilles dames, neuf violeurs, une poignée de délinquants sexuels, 57 coupables d'agressions violentes et plus de 200 trafiquants de drogue sur la période allant de 1999 à 2006 qui sont dans la nature. Il paraît que ce responsable irresponsable n'a retrouvé qu'un prisonnier sur dix.

La presse Britannique admet que les centres de détenus croulent sous le nombre des malfrats étrangers de tous genres, dont le nom-

bre a triplé en cinq ans sous l'effet combiné de l'ouverture des frontières aux travailleurs de l'Est et des filières d'infiltration clandestines de ressortissants afghans, irakiens ou chinois. Par ailleurs bon nombre de prisons sont gérées par le secteur privé non concerné par le suivi des anciens détenus, en particulier ceux qui sont en liberté provisoire. De plus la guerre des polices très attachées à leur autonomie régionale (comme ici entre cantons, communes et armée), obère l'efficacité de la lutte contre les clandestins. D'autres ministres alliés de Charles Clarke, comme l'ex John Prescott (qui a été l'amant de

sa secrétaire), ou Patricia Hewitt ministre de la santé sont éclaboussés par ce scandale.

Donc nos avertissements concernant les dangers de l'ouverture des frontières étaient fondés et en Suisse si nous sommes envahis pas une délinquance d'outre frontière, nous avons en plus, les firmes étrangères embauchant du personnel de leur pays à des prix sans commune mesure avec les salaires suisses. Les contrôleurs promis sont insuffisants et la précarité s'installe aux côtés de chômeurs de plus en plus nombreux. Merci aux bons Suisses qui ont voté POUR Schengen et Dublin. *Octopus*

L'Union européenne se satanise aussi

L'Italie se distingue aussi par le nombre de sectes, la plupart sataniques, qui prolifèrent dans ce pays éminemment catholique possédant en son milieu, le Vatican. A penser que tout se dissout dans la tendance contemporaine occidentale en complète décadence. Même la Finlande a osé présenter lors de l'Eurovision de la chanson, un groupe satanique de monstres aux voix éraillées, aux visages bouton-neux et aux regards tragiques. Comme décor, la télévision d'Athènes avait aménagé des fournaises en toile de fond. Cela n'avait rien d'une compétition internationale de chansons composées par des humains normaux.

Pas étonnant dès lors que des esprits fragiles se laissent embobiner par des filous qui dépouillent les oies se laissant prendre.

Certains prêtres de pacotille vêtus de soutanes noires et portant une grosse croix chrétienne bien en vue sur la poitrine, jouent la comédie de l'exorcisme en se démenant comme des diables autour de malheureuses victimes qui se croient envoûtées.

Bref l'Union européenne accueille dans son sein les musulmans, les socières du Macumba, les maffieux internationaux, les voleurs en cols blancs, les ex-kagébistes, les multinationales véreuses, des banquiers qui n'aident que leurs séides, et tous les vivisecteurs survivant grâce au martyr de pauvres animaux sans défense.

Vive le New Age qui va droit dans le mur drapé de pollution et de catastrophes naturelles.

Mary Meissner

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

- Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)
- Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates
Suisses** **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch

La colonisation musulmane

Le PDC (parti démocrate chrétien) a trouvé un nouveau cheval de bataille: l'ouverture et la totale intégration des 400 000 musulmans vivant en Suisse. Minarets, écoles coraniques, carrés dans nos cimetières, port du voile ou de la burqa, ramadan, universités pour imams, et prière sur tapis dans nos rues, tout cela sera bientôt monnaie courante dans notre société mondialisée.

Ce parti ne prend pas en compte le revers de la médaille: mariage pubère forcé, prosélytisme déguisé, famille nombreuse, animosité constante vis-à-vis des juifs, donc racisme, et puisque nous sommes en Suisse, décès dûs à la non application des règles coraniques par la charia déguisée ou cachés.

Un peuple arabe qui a confiance en lui et prend de plus en plus conscience de sa capacité de phagocyter son environnement, représente une civilisation dynamique qui les pousse à quitter leur patrie pour s'installer sur d'autres terres souvent plus fertiles, et comme en Suisse plus riches économiquement parlant, mais aussi plus vulnérables. Ils y étendent leur éducation mentale, spirituelle et surtout culturelle. Rappelons nous des changements drastiques qui intervinrent à la suite d'arrivée massive de peuples étrangers comme à Marseille appelée encore aujourd'hui cité phocéenne fondée par des Grecs de Phocée, ou la colonisation Viking en Europe occidentale par les varègues le long du Dniepr qui fondèrent la cité de Kiev. Les carolingiens étaient divisés, mous, crédules, achetables et sans autorité, un peu comme nos PDC.

Il en fut de même avec les peuples des steppes mongoles emmenées par Genghis Khan qui avaient foi en leur force de domination à défaut d'autres qualités. De plus ils fuyaient une Chine sclérosée et corrompue et un monde abasside alanguiné. Il y eut la colonisation des côtes est de l'Afri-

que par les arabo-musulmans dont l'un des principaux aspects fut le commerce esclavagiste sur des populations passives.

Il y a eu aussi les Européens qui envahirent les Amériques, puis l'Afrique, sans oublier la conquête en Asie de l'Empire des Indes et de l'Indonésie. A cette époque les peuples européens croyaient en leur supériorité culturelle, religieuse et technique.

Le dynamisme des peuples est la cause de ces vagues d'envahisseurs comme ce fut aussi le cas des Maures dans la péninsule ibérique qui, même après s'être réveillée, les chassa et en garde encore aujourd'hui de vastes séquelles dans son architecture, danses, consanguinité et cuisine.

Hélas, on doit constater de nos jours la faiblesse de raisonnement de beaucoup de nos contemporains qui, manquant d'idéal, sans base religieuse solide et de plus en plus socialement assistés, ouvrent bêtement les bras (sinon les jambes) aux musulmans de plus en plus fanatisés et persuadés de leur supériorité religieuse, comme le fait le PDC qui se dit faussement chrétien et tous les socialistes après eux.

Même la Lettonie aux relents communistes, permet la construction de dizaines de mosquées, l'ouverture d'écoles et d'université coraniques, et accepte le déguisement des femmes et le port de la barbe masculine avec bonheur. Il paraît que les Estoniens et les Lituaniens seraient sur la même voie.

Ces mouvements de colonisation peuvent être guerriers, mais aussi pacifiques, tel celui des Barbares qui vinrent comme travailleurs agricoles dans tout le bassin Méditerranéen qui manquait de main d'œuvre. Une partie des Amériques fut aussi colonisée pacifiquement sur des terres vierges sans populations établies, comme en Argentine et au Canada. Tout le contraire au temps des Conquistadors qui détruisirent l'empire astèque et inca, grâce à l'aide des populations

elles-mêmes colonisées par ces régimes.

Aujourd'hui, le monde européen subit une amorce de colonisation de peuplement par les populations venant d'Afrique et d'Asie, et ceci à cause de la dénatalité, du manque de confiance en lui-même, à commencer par des politiciens en situation d'implosion démographique et fortement métissés. Il doit également s'en prendre à son attitude angélique et bêtante vis-à-vis de l'assistance forcée sanitaire qu'il impose depuis des décennies aux Africains musulmans polygames, engendrant des dizaines d'enfants, diminuant ainsi fortement la mortalité infantile qui jusqu'à présent permettait de réguler la croissance. Donc, ce phénomène mondial de colonisations diverses durant depuis des siècles, continue à se produire, grâce à des chrétiens crétiens qui n'ont rien compris et continuent à vivre avec l'illusion que l'on vit dans le meilleur des mondes. Réveillez-vous Helvètes et Suisses de souche, vous perdez du terrain par la matrice et vos amours internationales, par votre mollesse et votre manque de pugnacité et de confiance en vos valeurs! Ne vous laissez pas manger



DS Vaud
Par la présente, nous avons le plaisir de vous convoquer à l'Assemblée extraordinaire annuelle de la section Vaudoise du parti des Démocrates Suisses/ Action Nationale, qui aura lieu le:
Samedi 24 juin 2006, 14.30 h
Café du Vélodrome, Lausanne

tout crus sans réagir et surtout n'écoutez pas les traîtres sans patrie, sans dieu et sans esprit familial. Nous serons bientôt, grâce à vous, colonisés, mondialisés, et islamisés.

On dit que gouverner c'est prévoir. Or qui, en Suisse aujourd'hui, a la capacité de voir plus loin que le fond de son porte monnaie? Quels sont nos élus qui savent encore raisonner logiquement? Quel est l'homme ou la femme assez fort(e) pour redresser cette dégringolade morale que nous subissons sans révolte? Liquidons tout d'abord ceux qui prèchent l'ouverture, l'intégration et le sacrifice sans savoir à quelle sauce ils seront mangés et détruits.

Maria de Seimners

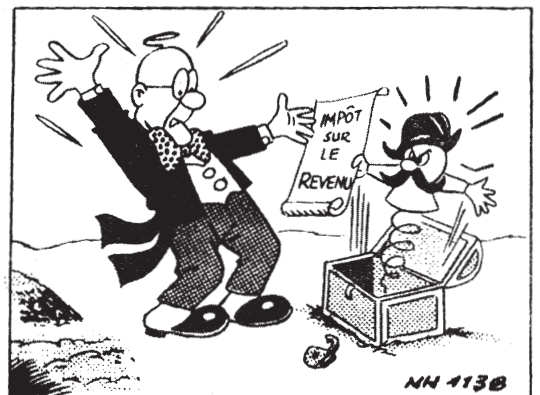
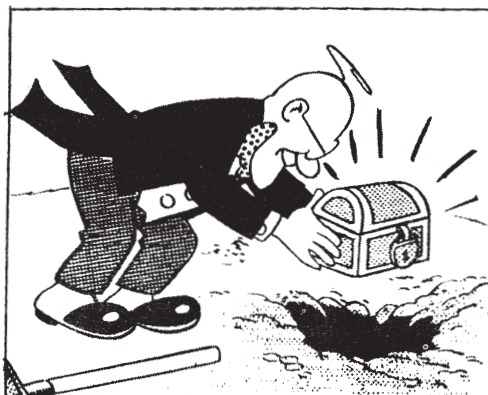
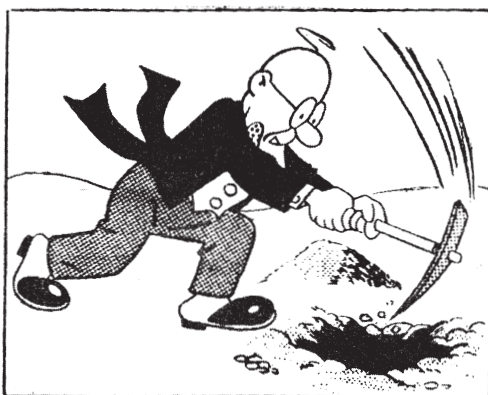
Da Vinci Code

La fièvre aviaire aurait-elle déteint sur le livre de Dan Brown? Tous les médias se sont impliqués dans une étude plus ou moins concertée pour critiquer le contenu du Da Vinci Code. Il est pourtant bien indiqué sur la couverture «Roman» ce qui veut dire que le contenu n'est ni historique, ni réel. Il y a lieu de lire cette œuvre comme une fiction, même si elle est basée sur des faits plus ou moins réels et dans une ambiance contemporaine. Dan Brown a le mérite d'emporter ses lecteurs sur les ailes du mystère teinté de possibles vérités, et c'est la raison pour laquelle ce bouquin a fait un tabac. Un écrivain qui souligne d'entrée que son polar est un roman, est dans son

droit d'y ajouter tous les fantasmes qui lui passent par la tête, et j'en sais quelque chose, car lorsque j'ai décidé de publier ma trilogie basée sur ma biographie mes bonnes résolutions de m'en tenir à la stricte vérité se sont envolées, car prise par mes personnages, j'ai ajouté certaines scènes tout à fait fantaisistes qui donnaient plus de piquant au contenu. Mais je me suis couverte en imprimant sous les titres, romans.

Alors rendons à César ce qui est à César sans couper les cheveux en quatre. Jouissons d'un moment de détente salutaire sans chercher midi à quatorze heures.

*Mary Meissner,
écrivaine et poète*



Referendum gegen die Ost-Milliardenzahlung**Eine Milliarde Franken an die EU verschleudern?
Die Schweiz ist keine Milchkuh!
NEIN zu Milliardenzahlungen an die EU.**

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung vom 18. April 1999 und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 59 ff., dass das Bundesgesetz vom 24. März 2006 über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas der Volksabstimmung unterbreitet wird.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton:	Postleitzahl:	Politische Gemeinde:

Nr	Name: (handschriftlich und in Blockschrift)	Vorname:	Genaueres Geburtsdatum: (Tag/Monat/Jahr)	Wohnadresse: (Strasse und Hausnummer)	Eigenhändige Unterschrift:	Kontrolle (leer lassen)
1						
2						
3						
4						
5						
6						
7						
8						
9						

Ablauf der Referendumsfrist: 13. Juli 2006.

Die Unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass oben stehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Referendums in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Amtsstempel

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson

Datum: _____

Unterschrift: _____

Ort: _____

Funktion: _____

DAS REFERENDUM WIRD UNTERSTÜTZT VON:

Bernhard Hess, Präsident Schweizer Demokraten und Nationalrat, Bern; Giuliano Bignasca, Präsident Lega dei Ticinesi, Lugano; Kurt Koller, SD-Vizepräsident, Lichtensteig; Ueli Brasser, Gemeinderat, SD-Vizepräsident, ZH; Attilio Bignasca, Nationalrat, Agno; Markus N. Borner, e. Grossrat, BS; Patrick Müller, SD-Kantonalpräsident SO; Roland Uhler, SD-Kantonalpräsident, SG; Willy Schmidhauser, SD-Kantonalpräsident, TG; Friedrich Auf der Maur, SD-Kantonalpräsident ZH; Lydia Riesen, Stadträtin, Bern; Hans Peter Riesen, e. Grossrat, Bern; Mathias von Arx, Vize-Kantonalpräsident, SO; Christoph Spiess, SD-Präsident Zürich; Margrit Blatter, Landrätin, Reigoldswil; Bruno Steiger, Landrat/Einwohnerrat, Allschwil; Richard Fluehmann, SD-Kantonalpräsident, ZG; Dieter Beyeler, Stadtrat, Bern; Jürg Scherrer, Präsident Freiheits-Partei und Grossrat, Biel; Heinz Wegmann, Vizepräsident FPS Kt. Bern, Interlaken; Rudolf Keller, Landrat / e. Nationalrat, Frenkendorf; Roland Schöni, SD-Zentralsekretär, Bönigen; Lidwina Wiederkehr, Gemeindepräsidentin; Zentralvorstand Junge Schweizer Demokraten (JSD).

Bis spätestens 1. Juli 2006 an:

Komitee gegen die Ost-Milliardenzahlung, Postfach 8116, 3001 Bern

www.legaticinesi.ch // www.schweizer-demokraten.ch // www.freiheitspartei.ch